



CDUinform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis



UMVERTEILEN STATT AUSGLEICHEN

Rot-Grünes Umverteilungsmonster in NRW

RAN AN DEN SPECK

Bericht vom Bundesparteitag

147.000 MITGLIEDER

Interview mit Bodo Löttgen

JUBILAREHRUNG

173 langjährige Mitglieder geehrt



DIE TREUESTEN DER TREUEN

CDU ehrt 173 langjährige Mitglieder

von Lennart Höring

Die „Treuesten der Treuen“ konnte Kreisvorsitzender Rainer Deppe bei der alljährlichen Jubilarehrung im Bergischen Löwen in Bergisch Gladbach begrüßen. 57 der 173 Jubilare waren gekommen, um ihre Dankesurkunden für 65-, 60-, 50-, 40- und 25-jährige treue Mitgliedschaft in der CDU persönlich in Empfang zu nehmen.

Alle voran wurden die Wermelskircchenr Carmen Braun, Ehefrau des ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Gründers der Senioren-Union Gerhard Braun, sowie der Overather Gerhard Scholz für ihre 65-jährige Mitgliedschaft geehrt. Beide gehören seit 1947 der CDU an.

Als Festrednerin war zu der traditionellen Veranstaltung die Schatzmeisterin der CDU NRW, Andrea Verpoorten aus Köln, gekommen, um über Chancen und Möglichkeiten der modernen CDU zu sprechen. Für ihre These, die CDU sei als christlich-demokratische Partei mehr als eine politische Gemeinschaft, nämlich für viele so etwas wie eine Heimat, erhielt sie viel Zustimmung. „Uns verbinden gemeinsame Wertvorstellungen, die auch in Zukunft hochaktuell bleiben werden. Gerade weil uns eine verlässliche gemeinsame Basis verbindet, sind wir offen für neue Ideen und neue Mitglieder.“ Nach dem ebenso traditionellen Gansessen folgte der Reigen der Ehrungen.

Wir danken für 65 Jahre Mitgliedschaft:

Carmen Braun, Gerhard Scholz, Helmut Wagner

Wir danken für 60 Jahre Mitgliedschaft:

Franz-Josef Blum, Wilhelm Heider, Franz Heinrich Krey, Gerd Ritterfeld

Wir danken für 50 Jahre Mitgliedschaft:

Egon Graf, Gisbert Hasbach, Ingo Kastner, Heinz Körsgen, Helmut Saubier, Hans-Herbert Schefczik, Karl-Heinz Schmitz, Johannes Thomas

Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft:

Wilhelm Alsdorf, Hans-Josef Altenrath, Werner Amthor, Wilhelm Baulmann, Edeltraut Becker, Fred Bernhard, Heinz-Josef Biermann, Hans-Peter Bolz, Josefine Borkes, Wolfgang Bosbach, Helmut Bosbach, Mathias Bremer, Theo Brochhaus, Gertrud Coester, Martin Derda, Bernd Dowhan, Hans-Reinhold Drümmen, Herbert Dyk, Bernhard Falkenhahn, Heinrich Fathmann, Manfred Frowein, Lucy Gabriel, Martin Gerstlauer, Karl-Günther Haaben, Peter Anton Haase, Heinz Hachenberg, Gisela Hackethal, Andreas Heider, Rudolf Heidrich, Wilhelm Henk, Uwe Herold, Alfons Herweg, Gisela Holfter, Armin Hoppmann, Karl Heinz Kaspers, Heinz Keppel, Hans-Gerd Kierdorf, Silvia Knoob, Reiner Kolvenbach, Reinhild Kolvenbach, Gerhard Kopke, Henning Körschgen, Anni Kötting, Heinz Kramer, Wilfried Kraus, Willibert Krüger, Richard Kuntze, Agathe Kursawe, Raimund Kuth, Barbara Lammers, Josef Lenninghausen, Margareta Lenninghausen, Emmi Lesch, Christa Liebing, Hans Werner Linden, Antonius Linneborn, Andreas Lücke, Herbert Lüdenbach, Udo Ekkehard Madel, Ursula Mager, Maria Mömkens, Hans Otto Mortler, Karl-Josef Müller, Reinhold Müller, Gerta Nawrot, Johann Wilhelm Neu, Heinz Gerd Neu, Herbert Neubauer, Udo Neufert, Erwin Neugebauer, Everhard Ollig, Agnes Ommers, Hans-Günter Osenau, Margret Ossig, Hans Egon Pack, Walter Paffendorf, Bernhard Picker, Hubertus Prenzel, Manfred Pudmenny, Werner Puziak, Bernd Riotte, Erika Rosenbaum, Wolfgang Rothkopf, Hannelore Schäfer, Gisela Schlieker, Dieter Schmitz, Bernd Schmulder, Rolf Schönfeld, Franz Josef Schüller, Karl Günter Schulz, Klaus Seeger, Gotthard Seidel, Herbert Selbach, Ellen Siebenborn, Ursula Siebenkotten, Jürgen Sieling, Eva Maria Skowronek, Hubert Spiegel, Johannes Spitz, Bernhard Sprafke, Eva Stein, Helga Steinbach, Kurt Steinhaus, Norbert Stellberg, Berthold Storch, Walter Tenckhoff, Christine Türk, Karlheinz Vierling, Grete Vogel, Kuno H. Volberg, Alois Wasser, Ernst Walter Wasserfuhr, Hans-Harald Wehn, Jürgen Weidemann, Hans-Rudi Weiher, Klaus Weismann, Rolf Wengenroth, Klaus Werner, Holger Wiedenhoff, Hans Otto Wiener, Karl-Heinz Willems, Anne Wolbeck, Hans-Peter Wolf, Erika Wollesen, Hans Wolfgang Zanders, Silvia Zanders

Wir danken für 25 Jahre Mitgliedschaft:

Hubert Andrae, Gudrun Axel, Heinz-Peter Axel, Sabine Bosbach, Ingrid Breick, Heinz Alfons Cwik, Uwe Daniels, Günther Daubach, Petra Doussier, Johannes Dünner, Reiner Eisenhardt, Dieter Emunds, Kai Esser, Klaus Hockerts, Petra Holtzmann, Manfred Idel, Dirk Irlenbusch, Rolf Ischerland, Walter Jansing, Dieter Kimmel, Carola Köllner, Ralf Laufenberg, Reinhard Löchelt, Hans Leo Neu, Leo Oberscheidt, Stefan Ommers, Gerd Palmersheim, Helmut Raffelsiefen, Helmut S. Ruppert, Anne Sadlo-Stöber, Urban Selbach

Die CDU bedankt sich für Ihre Treue!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, liebe Mitbürger,

40% für die CDU in den Umfragen, Angela Merkel seit Monaten unangefochten auf Platz 1 der Politiker-Beliebtheitsskala – selten war die Stimmungslage vor der für das Meinungsklima so wichtigen Weihnachtspause für die CDU besser.

Deutschland hat den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit wie im Jahr 2012. Nirgendwo in Europa ist die Arbeitslosigkeit bei jungen Leuten geringer als bei uns. Kein Land hat die weltweite Wirtschaftskrise so schnell und so erfolgreich überwunden wie Deutschland. Galten wir noch vor 10 Jahren als der kranke Mann Europas, sind wir heute die Lokomotive.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erntet mit ihrer unaufgeregten, pragmatischen, ausschließlich auf gute Ergebnisse angelegten Politik vielleicht nicht überall Begeisterung, dafür aber Respekt und Vertrauen. Bei ihr hat niemand den Eindruck, dass es ihr um kurzlebige Schlagzeilen, einen PR-Gag oder gar persönliche Vorteile geht. Welch ein wohlthuender

Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest!

Unterschied zur Persönlichkeitsstruktur ihres Vorgängers im Kanzleramt, und erst Recht zum aktuellen SPD-Spitzenkandidaten!

Trotz der sehr positiven Momentaufnahme besteht überhaupt kein Grund zur Annahme, die Bundestagswahl im kommenden September sei schon entschieden. Die größte Gefahr ist, dass in der EU die notwendigen Reformen unterbleiben oder vertagt werden und Deutschland überfordert wird. Wie schnell und wie folgenreich es durch politische (Fehl-)Entscheidungen wirtschaftlich bergab gehen kann, beobachten wir seit der Regierungsübernahme durch Sozialisten und Grüne mit großer Sorge in Frankreich. Wenn die SPD bei uns regieren würde, gäbe es schon längst die Eurobonds.

Es ist keine Überraschung, dass die SPD ihren Wahlkampf unter das Motto „Gerechtigkeit“ stellt. Selbst jetzt im Allzeithoch der Steuereinnahmen kennt die sozialistische Kreativität bei der Umverteilung, beim Erfinden neuer Steuern oder bei Steuererhöhungen keine Grenzen. Spontan fallen mir die Betten-, Reichen-, Pferde-, Jagd-, Wasser-, Kies-,

Erbschaft-, Vermögensteuer ein. Gleichzeitig blockieren SPD und Grüne über den Bundesrat, dass Millionen fleißiger Arbeitnehmer von der kalten Progression befreit werden.

Wie Umverteilung à la Rot-Grün aussieht, erleben wir derzeit in dramatischer Weise bei den Kommunalfinzen, dem Schwerpunktthema dieser Ausgabe. Wie in einer funktionierenden Familie haben wir, die CDU im Kreis und den Städten und Gemeinden im Rheinisch-Bergischen Kreis, dafür gesorgt, dass wir uns nicht auseinander dividieren lassen. Wir helfen uns gegenseitig. Alle, die daran beteiligt waren – nahezu ausschließlich CDU-Vertreter – können stolz darauf sein, dass uns das ausgezeichnet gelungen ist. Aber an der bitteren Wahrheit ändert das nichts. Wir alle, die Bürger des Rheinisch-Bergischen Kreises werden Jahr für Jahr, in dem Rot-Grün in NRW regiert, um mindestens 15 Mio. EUR ärmer werden – ganz nach dem Motto der Umverteiler: „gerecht ist es erst dann, wenn alle nichts mehr haben.“

Für Deutschlands Zukunft liegt ein entscheidendes Jahr vor uns. Mit unseren Wertvorstellungen, mit der Überzeugung, dass Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwesen ganz im Sinne der Subsidiarität immer beim Einzelnen beginnt und sich dann schrittweise von unten nach oben über die Familie, die Nachbarschaft, die Kommune, die Regionen, die Länder, den Bund, Europa immer weiter fortsetzt, haben wir eine grundsätzlich andere Einstellung als SPD und Grüne: Denen sind Vielfalt und Unterschiede grundsätzlich suspekt und deren festgefügtes Staatsverständnis besteht darin, möglichst alle Lebensbereiche von oben herab zu vereinheitlichen und damit am Ende auf unterem Niveau zu nivellieren.

Je früher und je öfter jeder von uns die Gelegenheiten wahrnimmt, mit den Menschen über diese unterschiedlichen Vorstellungen zu sprechen, desto erfolgreicher werden wir sein. Unser wunderbares Land ist es wert!

Rainer Deppe



Rainer Deppe MdL
ist Kreisvorsitzender
der CDU im
Rheinisch-Bergischen Kreis



Foto: wallpaperstock



TITEL-THEMA

- 8 Uwe Pakendorf
Umverteilen statt ausgleichen - Wie Rot-Grün aus dem kommunalen Fianzausgleich ein Umverteilungsmonster macht
- 12 Generalsekretär Bodo Löttgen
im Interview
Fähigkeiten und Wissen von 147.000 Mitgliedern besser nutzen

KOLUMNE

- 3 Rainer Deppe
Frohe Weihnachten

AKTUELLES

- 5 Thomas Frank
Ran an den Speck
Bericht Bundesparteitag

NEWS & NAMEN

- 2 CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Vielen Dank an die 173 Jubilare des Jahres 2012
- 6 Herbert Reul
Energiespartatgeber
Heinz Gerd Neu
Ruhestand
Wolfgang Bosbach
Mit gutem Ergebnis ins Wahljahr
Hans Pfeiffer
Paul-Lücke-Gespräch
- 7 CDU-Center
Spenden online
CDUplus.de
Neues Mitgliedernetz

PARLAMENTE

- 16 Wolfgang Bosbach
NPD-Verbotsverfahren
Herbert Reul
Europäischer Rahmen für Erneuerbare Energien
- 17 Rainer Deppe
Dezentral und ortsnah
Holger Müller
Nachtflug am FKB

KREISTAG

- 18 Rainer Deppe
Radwegenetz
Uwe Pakendorf
Klimaschutzmanager

UNION NEWS

- 19 Junge Union
Berichte vom Deutschlandtag, NRW-Tag, aus dem Bezirk Bergisches Land, Kürten und Wermelskirchen
- 20 MIT Rhein-Berg
Diskussion über Basel III
Senioren-Union Overath
Ehrung für Kirchengemeinde EAK
Schloss-Burger-Gespräch
- 21 CDU Odenthal
Neuer Fraktionsvorstand
Reiseverein
Reiseprogramm 2013
Frauen Union
Fahrt nach Monschau
- 22 CDA
Fahrten, Grundlagengespräch und Besuch beim Jobcenter
- 23 CDU Bergisch Gladbach
Schreibgespräch
CDU und FU Rösrath
Politik trifft Kultur und ehrt Sport
Peter Schlösser
Leserbrief „Liebes Bensberg, bist Du noch zu retten?“

RUBRIKEN

- 4 Editorial
4 Impressum
14 Termine

Liebe Leserin, lieber Leser!

Kommunalfinanzen sind ein undankbares Thema – nicht nur für Kommunalpolitiker, auch für die schreibende Zunft. Welcher Journalist hat schon Interesse daran, in die Hintergründe oder besser gesagt Abgründe von Kreisumlage, Haushaltssicherungskonzepten, Nothaushalten und kommunalen Fianzausgleich einzusteigen?

Zwei Landesbedienstete aus dem Innenministerium sollen während eines Seminars zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) einmal gesagt haben, dass sie sich sicher seien, dass insgesamt nur vier Menschen in NRW die komplette Tragweite dieses Gesetzes durchblicken könnten – sie natürlich mit eingeschlossen. Die Arroganz dieser Aussage einmal beiseite gelassen – letztendlich haben sie Recht. Genau das ist auch der Grund, warum sich alle Welt darüber wundert, dass sich die Finanzsituation der Kommunen nicht bessert.

Na klar, jeder Kommunalpolitiker in NRW weiß, dass etwas mit dem Konnexitätsprinzip nicht stimmt – also Land und Bund nicht für eine adäquate Finanzierung ihrer kommunal auszuführenden Gesetze sorgen. Dass es jedoch zu großen Teilen an dem Gemeindefinanzierungsgesetz liegt – dem kommunalen Fianzausgleich, das ist nur wenigen bekannt. Das Land ist nach dem Grundgesetz (Art. 28 Abs. 2) verpflichtet, die finanzielle Leistungsfähigkeit seiner Kommunen zu sichern. In NRW wird dies systematisch versäumt. Andere Bundesländer wie Bayern machen jedoch vor, dass sie ihre Kommunen finanziell auch so ausstatten können, dass sie in guten Jahren wie diesen sogar in Summe ein Plus erwirtschaften.

Genau diese Punkte sind der Grund, warum sich die CDUinform in dieser Ausgabe die Mühe gemacht hat, den Vernetzungen und Verflechtungen auf den Grund zu gehen. Mit einem erschreckenden Ergebnis: Auch den Redakteuren ist erst bei der Tiefenrecherche bewusst geworden, wie sehr die rot-grüne Landesregierung Schindluder mit den kommunalen Finanzen treibt und wie sehr der ländliche Raum systematisch benachteiligt wird.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Ausgabe der CDUinform Ihr Interesse an dieser nicht ganz einfachen Thematik geweckt haben. Denn als mündige Bürger ist es wichtig zu verstehen, mit welcher Dreistigkeit auch zu Lasten unseres Kreises umverteilt wird – zu hunderten von Millionen Euro.



UWE PAKENDORF

ist Kreistagsabgeordneter und CDU-Vorsitzender aus Rösrath, Pressesprecher der Kreis-CDU und Redaktionsleiter von CDUinform.

Impressum

HERAUSGEBER Christlich Demokratische Union Rheinisch-Bergischer Kreis **ISSN** 2193-3960 (Print)
REDAKTION Thomas Frank (tf/V.i.S.d.P.), Lennart Höring (lh), Uwe Pakendorf (up/Redaktionsleitung)
WEITERE AUTOREN Nicola Ciliax-Kindling (nck), Rainer Deppe (rd), Doro Dietsch (dd), Diego Faßnacht (df), Timo Friedrich (tif), Margarete Iversen (mi), Christian Klicki (ck), Stefan Leßenich (sl), Rudolf Preuß (rp), Robert Scheuermeyer (rs), Peter Schlösser (ps), Sylvia Wöber-Servaes (sws), Maurice Winter (mw)
SATZ/LAYOUT/TITELSEITE Lennart Höring, Uwe Pakendorf **TITELFOTOS** Petra Bock, birgit H, pixelio.de
DRUCK/VERSAND Heider Druck GmbH, Paffrather Str. 102-116, 51465 Bergisch Gladbach **ANZEIGEN-LEITUNG** Thomas Frank, Telefon: 0 22 02-9 36 95 56, email: t.frank@cduinfbk.de **AUFLAGE** 5.000 Exemplare
NÄCHSTER REDAKTIONS- UND ANZEIGENSCHLUSS 22. Februar 2013
BEZUGSPREIS ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis: 0,80 € inkl. MwSt
KONTAKT Redaktion CDUinform, CDU-Center, Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach, Telefon: 0 220 2-93 69 50, Telefax: 0 22 02-93 69 522, email: redaktion@cduinform.de, www.CDUinform.de

„RAN AN DEN SPECK - WIR HABEN VIEL VOR!“

von Thomas Frank



Fotos: bildercdu.de/M. Breyer/W. Schwarze, T. Frank, U. Pakendorf

Die Delegierten Wolfgang Bosbach, Vera Müller, Uwe Pakendorf, Herbert Reul und Hubertus Prinz zu Sayn-Wittgenstein haben gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden Rainer Deppe am 25. Bundesparteitag der CDU Deutschlands vom 3.-5. Dezember in Hannover teilgenommen und konnten mit guten Beschlüssen und frischem Rückenwind in den Rheinisch-Bergischen Kreis zurückreisen.

Im Mittelpunkt der Mammutveranstaltung stand am ersten Tag die Wahl des Bundesvorstandes, zu deren Höhepunkt zweifelsohne die Wahl der Parteivorsitzenden wurde. Mit einem Rekordergebnis von 97,94 Prozent wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel mehr als eindrucksvoll im Amt bestätigt. Das Ergebnis übertraf nicht nur die Erwartungen unserer Delegierten, sondern offensichtlich auch die der Bundeskanzlerin selbst: „Ich bin wirklich platt“, so die spontane erste Reaktion der Parteivorsitzenden als sie die Wahl annahm. Ihren Dank schloss sie mit den Worten „Ran an den Speck – wir haben viel vor“, was mit großem Jubel des gesamten Parteitags quittiert wurde.

Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden Julia Klöckner, Ursula von der Leyen, Thomas Strobl, Volker Bouffier und unser Landesvorsitzender Armin Laschet gewählt. Helmut Linssen wurde als Schatzmeister bestätigt. Weitere Bundesvorstandsmitglieder aus Nordrhein-Westfalen wurden: Karl-Josef Laumann, Philipp Mißfelder (beide Präsidium), Elmar Brok, Serap Güler, Hubert Hüppe, Peter Liese, Jens Spahn, Sabine Weiss, Otto Wulff (Beisitzer).

Im Anschluss an den Wahlmarathon hatte dann unser ehemaliger Kreisvorsitzender Herbert Reul das Wort und gab in seiner neuen Funktion als Vorsitzender der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament seinen ersten Bericht gegenüber dem Parteitag ab.

Zum Ende des ersten Plenartages debattierte der Parteitag über die auch im Vorfeld schon mit großem öffentlichen Interesse bedachten Anträge zur steuerrechtlichen Gleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften sowie zur besseren Anerkennung von Kindererziehungszeiten für Mütter, die vor 1992 Kinder bekommen haben. Nach intensiver und sachlicher Debatte sprach sich der Parteitag mehrheitlich für einen Antrag zur „Förderung und Privilegierung der vom Grundgesetz besonders geschützten Ehe“ von Mann und Frau aus. Darüber hinaus wurde beschlossen, noch in dieser Wahlperiode den Einstieg in eine bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten für Mütter zu finden, die vor 1992 Kinder bekommen haben. Sie erhalten bisher einen Rentenpunkt, Jährgänge danach drei Punkte.

Am zweiten Plenartag billigte der Parteitag einstimmig den Leitantrag „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“ des Bundesvorstands und stellte damit die programmatischen Weichen für das Wahljahr 2013. Den kompletten Leitantrag können Sie im CDU-Center in Bergisch Gladbach telefonisch oder per E-Mail bestellen.

Alles in allem, war es ein sehr guter Parteitag, der sowohl bei unseren Delegierten als auch bei den Medien in guter Erinnerung bleiben wird. Um es mit den Worten der Kanzlerin zu sagen: „Ran an den Speck - wir haben viel vor!“.



Unsere Delegierten auf dem Bundesparteitag 2012 v.l.n.r. Vera Müller, Uwe Pakendorf, Wolfgang Bosbach, Rainer Deppe und Prinz Wittgenstein



David McAllister schwor die Delegierten auf das Wahljahr 2013 ein. In Niedersachsen stellt er sich am 20.01.2013 zur Wahl. Angela Merkel wurde mit fast 98% zum siebten Mal zur Bundesvorsitzenden gewählt.



Mit „I'M A MAC“ geht die CDU Niedersachsen in den Wahlkampf (li.). Der Bundesvorstand der CDU wurde beim 25. Bundesparteitag komplett neu gewählt.



Herbert Reul ging als Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament in die Bütt für Europa!

Herbert Reul gibt Energiesparratgeber heraus



Foto: Reul

Der Europaabgeordnete Herbert Reul hat einen Energiesparratgeber herausgegeben: Energie sparen und den Geldbeutel schonen ist der Titel des 140 Seiten starken Werkes.

Ein kostenloses Exemplar kann man sich im Europa-Büro von Herbert Reul im CDU-Center, Am Stadion 18-24 in 51465 Bergisch Gladbach abholen oder anfordern unter Telefon: 02202 - 93695-55, Fax: -61 oder E-Mail: h.reul@herbert-reul.de (lh)

Neu im Ruhestand



Foto: privat

Marcus Otto und Heinz Gerd Neu

Am 15. November 2012 wurde Heinz Gerd Neu in einer Feierstunde im Beisein von viel Lokalprominenz von seinem Amt als Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Bergisches Land in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Vorausgegangen waren 36 Jahre in Diensten der Kreishandwerkerschaft mit zwei großen Fusionen. Sein Nachfolger wurde sein langjähriger Stellvertreter Marcus Otto. Der CDU-Kreistagsfraktion wird Neu, der in diesem Jahr sein 40-jähriges Parteiubiläum feiert, als Erster Stellvertretender Landrat aber selbstverständlich weiterhin erhalten bleiben. CDUinform wünscht alles Gute. (tf)

GESUCHT: Welche CDU-Mitglieder passen noch in diese Rubrik? Geben Sie uns Tipps und Hinweise unter 02202-9369556 oder cduinform@cduinfo.de

MIT WOLFGANG BOSBACH IN DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Mit einem fulminanten Stimmergebnis wurde Wolfgang Bosbach bereits Ende September 2012 offiziell durch die Mitglieder der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis als Kandidat für die Bundestagswahl 2013 aufgestellt. 181 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen ergaben ein Traumergebnis von 98,9%, über

welches sich Bosbach sichtlich gerührt freute. Zusammen mit seiner Frau Sabine und zweien seiner drei Töchter genoss er den minutenlangen stehenden Applaus der CDU-Mitglieder, die auch seine zuvor gehaltene Bewerbungsrede mit häufigem Zwischenapplaus bedachten. (tf)



Foto: U. Pakendorf

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke und Kreisparteichef Rainer Deppe MdL gehörten neben Bosbachs Frau und seinen Töchtern Victoria und Natalie zu den ersten Gratulanten

WERTE SCHÖPFT MAN VOR ORT

Paul-Lücke-Gespräch der Kreis-CDU mit RWGV-Vorstandschef Hans Pfeifer

Zum traditionellen Paul-Lücke-Gespräch im Bensberger Ratssaal konnte Rainer Deppe in diesem Jahr den Vorstandsvorsitzenden des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes, Hans Pfeifer, begrüßen. Zum Titel der Veranstaltung „Werte schafft man vor Ort“ referierte Pfeifer, geboren in Kürten und mittlerweile in Odenthal lebend, über die Grundüberzeugungen und Prinzipien der Genossenschaftsidee, über verschiedene Modelle und natürlich auch über die aktuellen Probleme in der Finanzkrise.

Hierbei fand er auch deutliche Worte an die Politik: „Wir brauchen eine Rückbesinnung der politischen Organe und Entscheidungsträger auf die Ursprünge der europäischen Bewegung. Denn diese sind unschlagbar: Friede, Freiheit im Sinne der Bürgerrechte und der Ordnungspolitik sowie Solidarität auf der Basis einer streng subsidiären Struktur.“

Europa sei mehr als die EU-Kommission. „Die Menschen lehnen nicht Europa oder gar den europäischen Gedanken ab. Aber sie haben es satt, die Ergebnisse von Lobbyismus und nationalstaatlicher Taktiererei auszulöffeln.“, so Pfeifer weiter.

Pfeifer warb auch in der anschließenden Diskussion für das Genossenschaftsmodell, denn Genossenschaften seien „ein Gewinn für alle“, auch in Anlehnung an das von der UNO zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufenen Motto.

Gastgeber Rainer Deppe zeigte sich zum Abschluss der Diskussion beeindruckt und bedankte sich mit einem Blumenstrauß bei Hans Pfeifer mit den Worten: „Es geht nicht um Zahlen, sondern in allererster Linie um Werte. Vielen Dank, dass sie das so klar zum Ausdruck gebracht haben.“ (tf)



Foto: T. Frank

Rainer Deppe, Hans Pfeiffer, Maria Theresia Opladen, Andreas Lücke und Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (erste Reihe von links) beim traditionellen Paul-Lücke-Gespräch

SPENDEN ONLINE BEI DER CDU RBK 2012 NOCH FÜR DEN BUNDESTAGS-WAHLKAMPF SPENDEN!

Die CDU finanziert sich vor Ort über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Neben dem guten alten Scheck oder der Überweisung bieten wir seit Dezember nun einen neuen Service an:

Spenden per Lastschrift oder Kreditkarte ohne Zusatzkosten sind über unsere Seite <http://spenden.cdurbk.de> möglich.

Jeder Spender bekommt, egal ob die Spendensumme 10, 20, 50 oder mehr Euro beträgt, natürlich auch bei dieser Zahlungsweise eine steuerlich abzugsfähige Spendenquittung.

Der Service über den von der Bundespartei empfohlenen und geprüften Dienstleister Spendino ist sicher - ihre Daten dort werden absolut vertraulich behandelt und nur für die jeweilige Spende verwendet.

Übrigens: Spenden, die noch bis Jahresende bei uns gehen, können Sie für Ihre 2012er-

Steuererklärung verwenden.

Sie können so schon jetzt für die Bundestagswahl spenden und die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Spenden an politische Parteien nutzen: Privatpersonen können jährlich 3.300,- Euro steuerlich geltend machen, zusammen zu veranlagende Ehegatten jährlich sogar 6.600,- Euro.

Dabei werden Zuwendungen bis zu einer Höhe von 1.650,- Euro/3.300,- Euro nach §34g Einkommensteuergesetz (EStG) berücksichtigt, indem 50% des zugewendeten Betrages von der Steuerschuld abgezogen werden. Weitere 1.650,- Euro/3.300,- Euro werden nach §10b EStG steuermindernd als Sonderausgaben berücksichtigt. Zuwendungen an mehrere Parteien werden zusammengerechnet.

Mit jeder Spende helfen Sie uns und unserem Bundestagskandidaten! (lh)

Spenden

Spenden können Sie online über das Internet auf <http://spenden.cdurbk.de> oder klassisch per **Überweisung** an folgende Bankverbindung:

Konto-Nr.: 0311 003 408

BLZ: 370 502 99

Bank: Kreissparkasse Köln

IBAN: DE03 3705 0299 0311 0034 08

BIC: COKSDE 330

Veranstaltungshinweis

CDUPLUS.DE - DAS NEUE MITGLIEDERNETZ

Das alte CDU(Mitglieder)net hat seit einiger Zeit einen Nachfolger, der viel mehr kann: **CDUplus.de** bietet direkten Zugang auf die eigenen Mitgliederdaten, die dort online auch geändert werden können. Welche Telefonnummer oder email-Adresse hat die CDU gespeichert? Einfach nachschauen und



bei Bedarf ändern. Außerdem bietet das Intranet allen Mitgliedern aktuelle Informationen, Zugang zu Bilddatenbanken, Kampagnenportalen und die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Mitgliedern.

Auch das teAM Deutschland, die Unterstützerkampagne für die Bundestagswahl 2013 wird in CDUplus integriert. Im neuen Jahr wird CDUplus zudem weitere Kommunikationsmöglichkeiten des CDU-Landesverbandes beinhalten.

Anmelden ist ganz einfach: Mit der Mitgliedsnummer (wenn nicht bekannt einfach im CDU-Center unter 02202 936950 oder kgs@cdurbk.de erfragen) einen Account anlegen und ausprobieren. (lh)



UMVERTEILEN STATT AUSGLEICHEN

- wie Rot-Grün aus dem kommunalen Finanzausgleich ein Umverteilungsmonstrum macht

Von Uwe Pakendorf

Ein Finanzausgleich für Kommunen sollte es sein – ein Umverteilungsmonstrum ist es geworden: das Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes NRW. Nur wenige Menschen können es berechnen und nur wenige verstehen es. Das ist auch der Grund, warum die Kritik an dem System so spärlich ausfällt und sich die Menschen nur wundern, dass die Finanzsituation der Kommunen in unserem Bundesland so desaströs ist – und insbesondere in den ländlichen Kommunen immer schlimmer wird. Nicht, dass es den Städten in NRW gut ginge – das wäre gelogen. Doch der ländliche Raum hat in den letzten zwei Jahren rot-grüner Landesregierung erhebliche Einnahmeverschlechterungen zu verzeichnen.

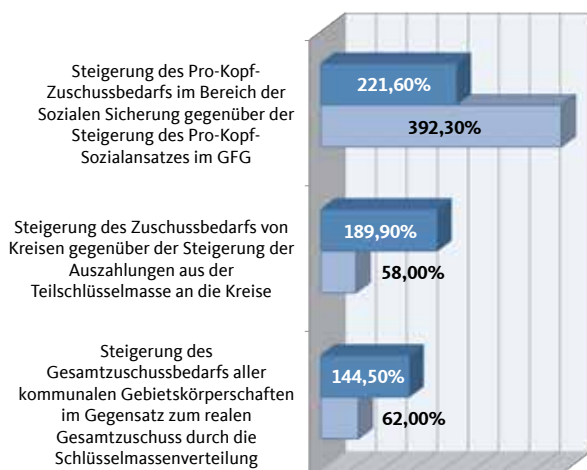
Wir wollen den Versuch starten, etwas Licht ins Dunkel zu bringen – auch wenn es nicht gelingen wird, alle Fassetten eines Gesetzes zu beleuchten, das jedes Jahr 8,4 Milliarden Euro an die Kommunen ausschüttet. Zum Verständnis des Systems helfen uns jedoch ein paar Grundlagen weiter, die wir in einem extra Kasten zusammengefasst haben.

Der kommunale Finanzausgleich sichert in Deutschland den Gemeinden und Gemeindeverbänden entsprechend Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz die finanziellen Grundlagen ihrer Selbstverwaltung. Dazu regeln die Län-

der – so auch NRW – die Verteilung von Landesmitteln an die Kommunen und die Umverteilung von Mitteln zwischen den Kommunen. Nach Art. 106 Abs. 7 GG müssen die Länder einen prozentualen Anteil (in NRW 23 Prozent) der ihnen zustehenden Gemeinschaftsteuern an die Kommunen weiterleiten. Bezweckt ist, die kommunale Ebene an den Steuereinnahmen von Bund und Ländern zu beteiligen und damit die kommunale Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, die weitestgehend durch Bundes- und Landesgesetze fixiert ist. Sprich: Das Land gibt den Kommunen einen Zuschuss zusätzlich zu ihren eigenen Steuereinnahmen, um die Deckungslücke zwischen den Ausgaben der gesetzlich verpflichtenden Aufgaben und den eigenen Steuereinnahmen zu schließen.

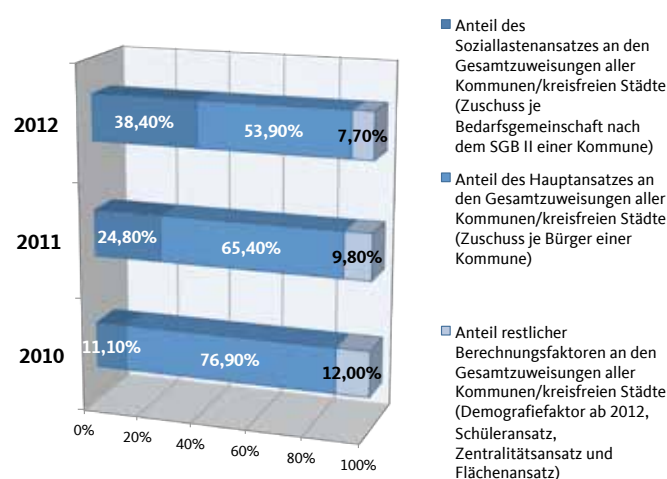
Ob jedoch die Finanzierung der Kommunen durch eigene Steuern (Grundsteuern, Gewerbesteuer, 15 prozentiger Anteil an der Einkommensteuer und 2,2 prozentiger Anteil an der Umsatzsteuer) und Landeszuweisungen durch das Gemeindefinanzierungsgesetz auskömmlich ist, kann relativ leicht am Finanzierungssaldo aller Kommunen in NRW erkannt werden. Die Neuverschuldung aller Kommunen in NRW lag im Jahr 2011 bei 1,53 Milliarden Euro. Nebenbei – im gleichen Jahr verschuldeten sich alle Kommunen in Deutschland lediglich um 1,68 Mil-

Tabelle 1: Vergleich der Zuschussbedarfe zu Auszahlungen unterschiedlicher GFG-Positionen von 1980 bis 2006



Quelle: Schreiben des Landkreistages zum Entwurf des GFG 2012 und eigene Berechnungen*

Tabelle 2: Jährlicher Anteil der Berechnungsfaktoren an den gemeindlichen Schlüsselzuweisungen



Quelle: Schreiben des Landkreistages zum Entwurf des GFG 2012 und eigene Berechnungen*

liarden Euro und die Kommunen in Bayern schafften es zeitgleich 320 Millionen Euro an Schulden abzubauen. Eine auskömmliche Gemeindefinanzierung ist somit kein Ding der Unmöglichkeit.

Dem Gemeindefinanzierungsgesetz kommt somit eine Ausgleichsfunktion ihrer gesetzlichen Aufgaben im Verhältnis stets schwankender kommunaler Steuern (insbesondere Gewerbesteuer und Einkommenssteuer je nach konjunktureller Entwicklung) zu. Wie an der seit Jahrzehnten andauernden stark ansteigenden Neuverschuldung der Kommunen zu sehen ist, scheint im Finanzsystem NRWs etwas nicht zu stimmen. Die Verletzung des Konnexitätsprinzips – wer bestellt, soll auch bezahlen – ist an der Tagesordnung. Ständig neue gesetzliche Auf-

„Dem Gemeindefinanzierungsgesetz kommt somit eine Ausgleichsfunktion ihrer gesetzlichen Aufgaben im Verhältnis stets schwankender kommunaler Steuern zu.“

gaben von Landes- und Bundesgesetzgeber bei nur marginal steigenden Steuereinnahmen und Landeszuweisungen halten (zumindest in NRW) einen durchschnittlichen kommunalen Haushalt stets im defizitären Bereich.

Das Problem beginnt im Art. 79 Satz 2 der Landesverfassung NRW in der der grundsätzlich garantierte kommunale Finanzausgleich unter den Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes gestellt wird. Das bedeutet im Klartext, dass die Zuweisung der finanziellen Ausgleichsmasse von politischen Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen abhängt. Der Landesgesetzgeber hat über die Jahre ständig neue Landesaufgaben geschaffen, ohne die Einnahmesituation verbessern zu können. Dadurch ist der für den kommunalen Finanzausgleich gesetzte Anteil im Landeshaushalt prozentual stetig gesunken. Der sogenannte Verbundsatz (kommunaler Anteil am Gemeinschaftssteueraufkommen von NRW) ist seit dem Jahr 1980 von 28,5 Prozentpunkten auf 23 Pro-

zent abgesenkt worden. Allerdings fließen aufgrund des Einheitslastenausgleichs auch nur 21,83 Prozent effektiv in den Verteilungsschlüssel. Eine Fortführung des Verbundsatzes nun bereits im 27. Jahr in gleicher Höhe ist finanzwissenschaftlich nicht mehr begründbar. Der im Verhältnis zu den Verwaltungsausgaben gemessene Kommunalisierungsgrad der Verwaltung in NRW beträgt 50,7 Prozent – ein bundesweiter Spitzensatz. Insbesondere in Folge des Anstiegs der Sozialleistungen (Jugendhilfe, Schulen, Wohngeldzahlungen) in den letzten Jahren und der Kommunalisierung der Umwelt- und Versorgungsverwaltung ist dieser stark gestiegen. So sind die kommunalen Zuschussbedarfe von 1980 bis 2006 um 144,5 Prozent gestiegen, während die Masse der Schlüsselzuweisungen

im gleichen Zeitraum lediglich um 62 Prozent anwuchs.

Apropos Schlüsselzuweisungen – hier sind wir beim Kern des kommunalen Finanzausgleichs angelangt. Zwar werden über das Gemeindefinanzierungsgesetz noch neben den sogenannten Schlüsselzuweisungen pauschalisierte Zweckzuweisungen (hauptsächlich investive Mittel wie Investitionspauschale, fachbezogene Sonderpauschalen sowie Schulpauschale und Sportpauschale) verteilt, jedoch machen diese nur knapp 15 Prozent der 8,72 Milliarden Euro starken Finanzausgleichsmasse des Jahres 2013 aus. Wer nun jedoch glaubt, dass die verbleibenden 7,4 Milliarden Euro an Schlüsselzuweisungen, komplett auf die Kommunen des Landes verteilt werden, der irrt sich. Auch die Landschaftsverbände (726 Mio. Euro) und die Kreise (866 Mio. Euro) sind neben der untersten Ebene der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Kommunen (5,608 Mrd.) im Verteilungsschlüssel enthalten. Sie alle gelten im Sinne des Grundgesetzes als kommunale Verwaltungsebene.

Die konkrete Berechnung der Schlüsselzuweisungen, die den Kern

So funktioniert die Berechnung der Schlüsselzuweisungen:

Zunächst wird die Gesamtsumme der für den kommunalen Finanzausgleich bereitgestellten Mittel errechnet, die sogenannte **Verbundmasse**. Sie ergibt sich als prozentualer Anteil von 23 Prozent der Landeseinnahmen an den Gemeinschaftssteuern. Das sind Lohnsteuer, veranlagte Einkommenssteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Abgeltungssteuer, 4/7 Anteil an der Grunderwerbsteuer. Davon abgezogen oder hinzugerechnet werden verschiedene Ausgleichssysteme der Länder (Länderfinanzausgleich, Familienlastenausgleich, Kinderbonus, Soziallastenausgleich neue Länder, Kompensation Spielbankabgabe und Kompensation Betriebskosten KiFöG). In NRW wird dieser Betrag zunächst in **feste Teilschlüsselmassen** nach den Arten der Gebietskörperschaften aufgeteilt (Landschaftsverbände, Kreise und Gemeinden – hier kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden).

Als nächstes wird für jede Kommune die **Steuerkraftsumme** festgestellt. Sie ergibt sich aus den Steuereinnahmen pro Kopf, die einer Gemeinde direkt zugewiesen werden (Anteil Einkommenssteuer, Anteil Umsatzsteuer). Dabei werden Steuern, für die ein Hebesatz gilt (Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer), auf einen fiktiven, landeseinheitlichen Hebesatz normiert.

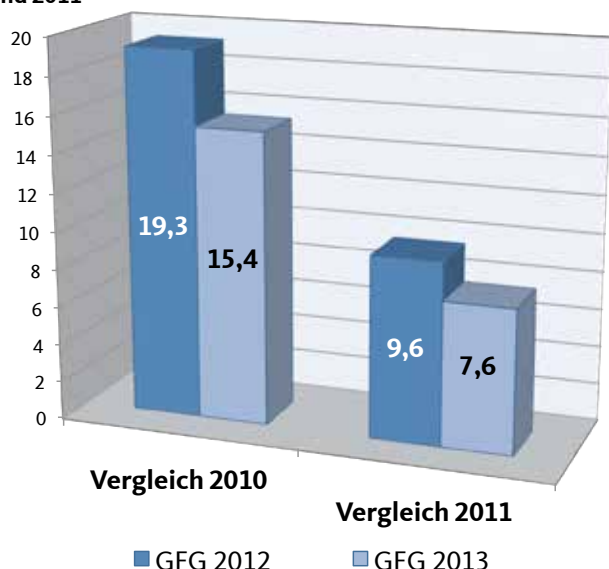
Dieser Steuereinkraft wird ein **Finanzbedarf pro Kopf** gegenübergestellt. Die Gemeinden werden bei der Berechnung des **Hauptansatzes** in Größenklassen eingeteilt – bei größeren Gemeinden wird die Einwohnerzahl mit einem Faktor rechnerisch erhöht („Einwohnerveredelung“). Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass größere Gemeinden überproportional höhere Infrastrukturkosten haben und Leistungen auch für das Umland bereitstellen. Zusätzlich werden vier Faktoren ergänzt. Neu hinzugefügt wurde seit 2012 der **Demografiefaktor**. Er begünstigt Kommunen mit sinkender Bevöl-

kerungszahl. Grundlegende Änderung hat der **Schüleransatz** erhalten. Es wird nicht mehr wie zuvor bei der Bezuschussung je Schüler in der Höhe zwischen den Schulformen unterschieden, sondern nur noch in der Frage, ob die in der Gemeinde eingerichteten Schüler im Ganztages- oder Halbtagesbetrieb unterrichtet werden. Die grundlegendsten Verschiebungen sind jedoch beim **Soziallastenansatz** aufgetreten, der den Faktor von 15,3 (vor zwei Jahren noch 3,9) auf jede SGB II-Bedarfsgemeinschaft (Wohngemeinschaft von Sozialhilfeempfängern) anwendet. Zuletzt werden noch ein Zentralitätsansatz und ein Flächenansatz in Rechnung gebracht. Vom **Zentralitätsansatz** profitieren Kommunen, deren sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einen Satz von 0,65 Einwohnern einer Stadt übersteigt. Damit soll einem hohen Einzpendlerwert Rechnung getragen werden. Der **Flächenansatz** unterstützt Flächengemeinden mit einer geringen Einwohnerzahl mit einem zu vernachlässigenden Gewichtungsfaktor von 0,24 pro Einwohner.

Der Finanzbedarf wird anschließend in der Berechnung so festgesetzt, dass bei den folgenden Schritten die Verbundmasse verbraucht wird. Der Finanzbedarf eines **Landschaftsverbandes** orientiert sich ausschließlich an dem Verfahren des Hauptansatzes – nämlich der Einwohnerzahl. **(Land-)Kreisen** wird bei der Berechnung zusätzlich ein einheitlicher Schüleransatz zugestanden.

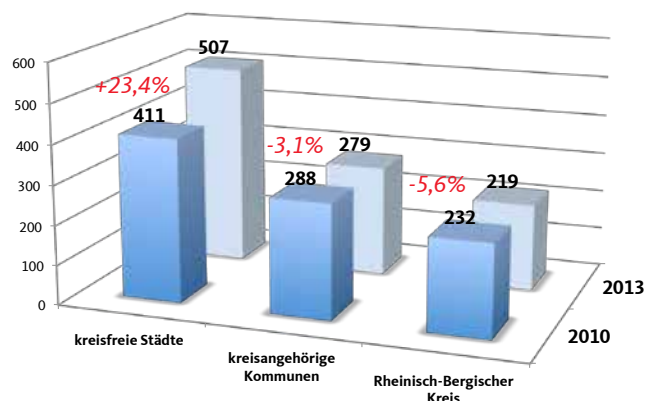
Für jede Kommune kann jetzt die **Differenz zwischen Steuereinkraft und Finanzbedarf** errechnet werden. Bei den meisten Kommunen ist der Finanzbedarf höher als die Steuereinkraft, so dass ihnen ein Ausgleich zusteht. Sind beide Beträge gleich oder ist die Steuereinkraft höher, so erhält die Gemeinde keinen Ausgleich (abundante Gemeinde), muss jedoch auch nichts abgeben (sprich, es gibt keinen horizontalen Finanzausgleich unter den Kommunen). Dieser Bedarf wird in Höhe von 90 Prozent ausgeglichen.

Tabelle 3: GFG-Verluste im Rheinisch-Bergischen Kreis durch den Soziallastenansatz in Mio. Euro gegenüber den Jahren 2010 und 2011



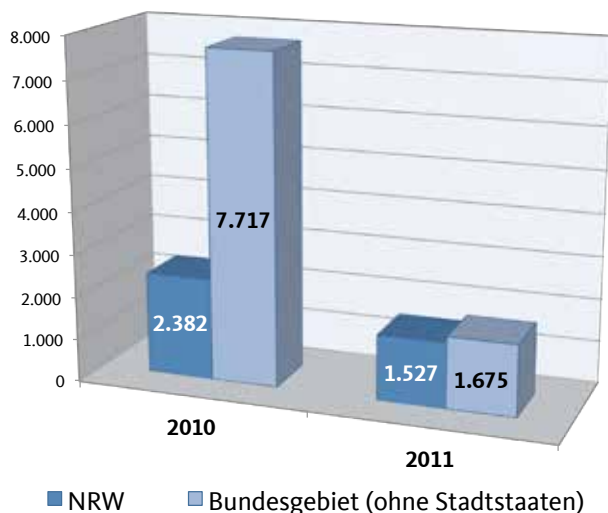
Quelle: Berechnungen der Kreisverwaltung Rheinisch-Bergischer Kreis

Tabelle 4: Entwicklung der Pro-Kopf-Zuweisungen durch das GFG in Gebietskörperschaften in Euro



Quelle: Berechnungen der Kreisverwaltung Rheinisch-Bergischer Kreis

Tabelle 5: Finanzierungssaldo der Kommunen in Mio. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

des kommunalen Finanzausgleichs bilden, ist jedoch ein System, das bis heute in seiner Grundstruktur von 1980 fortexistiert (siehe Kasten vorhergehende Seite). Aufgrund der massiven Veränderungen im Finanzaufkommen der Kommunen beauftragte die CDU-geführte Landesregierung ein ifo-Gutachten zur Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs, das im Juli 2009 vorgestellt wurde und bis zum Jahr 2010 durch eine sogenannte ifo-Kommission aus Vertretern der Kommunen und des Landes konkrete Ergebnisse zur Umstrukturierung ausgearbeitet hat.

Kern des Ansatzes der Kommission war es, zu einem vollständig neuen Ansatz bei der Aufteilung der Schlüsselzuweisungen zu kommen und das bei einem gleichzeitig erheblich höheren – sprich landesweit auskömmlichen – Gesamtansatz. Die bisherige Aufteilung der Teilschlüsselmassen sollte insofern angepasst werden, dass die festen Teilbeträge für die Kreise und Landschaftsverbände erheblich angehoben werden sollten. Der Anteil der Schlüsselmasse der Gemeinden ging dann zwar von 78,5 auf 71,56 Prozent zurück. Jedoch war in diesem Ansatz eingepreist, dass die finanziell besser gestellten Landschaftsverbände und Kreise die Mehreinnahmen durch Senkungen der Kreis- und Landschaftsverbandsumlage wieder an ihre Mitgliedskommunen zurückgeben würden. Umgesetzt worden ist sogar ein Teil des Vorschlages – das Umlagengenehmigungsgesetz – das Kreise und Landschaftsverbände dazu zwingt, ihre Umlagen entsprechend der Einnahmen- und Ausgabensituation anzupassen – sprich, den Vermögensverzehr und die Vermögensbildung zu untersagen.

Zudem war geplant, den 1988 auf einer provisorischen Grundlage eingeführten Soziallastenansatz gerechter zu verteilen. Im ländlichen Raum tragen die Kreise die Ausgaben des Wohngeldes im Bereich der Sozialhilfe. Den Zuschuss im Finanzausgleich erhalten jedoch die kreisangehörigen Gemeinden über den sogenannten Soziallastenansatz. Die Kreisumlage – wichtigste Finanzierungsquelle des Kreises – berücksichtigt jedoch nicht die Zahl der Sozialhilfeempfänger einer Kommune, sondern richtet sich ausschließlich nach der Zahl der Einwohner insgesamt. Kommunen mit einem geringen Sozialhilfeanteil an der Bevölkerung – meist der ländliche Raum – werden damit in zweifacher Hinsicht benachteiligt: erstens verringert sich der Finanzbedarf der Kommune, wodurch insgesamt weniger Schlüsselzuweisungen fließen und zweitens findet innerhalb eines Kreises eine Umverteilung zugunsten der Kommunen mit hohem Sozialhilfeanteil statt. Auch dies wollte die ifo-Kommission durch Bildung einer neuen Teilschlüsselmasse aufheben, die kreisfreie Städte und Kreise zusammenfasste (unter Wegfall der bisherigen Kreisschlüsselmasse) und den Soziallastenansatz dort verankerte. Dies hätte die ländlichen Kommunen effektiv um ca. 400 Millionen Euro entlastet.

„Die Umgestaltung des Soziallastenausgleichs geht massiv auf Kosten der ländlichen Kommunen.“

Genau diesen Vorschlägen ist die neue rot-grüne Landesregierung nicht gefolgt. Der Soziallastenansatz nach bestehendem Modus aus den 80er Jahren wurde in zwei Schritten von 3,9 auf 15,3 Punkte je Bedarfsgemeinschaft erheblich erhöht, jedoch auf eine gerechtere Verteilung auf die Kreise und kreisfreien Städte, die auch für die Auszahlung der Hilfen zuständig sind, wurde verzichtet. Dadurch hat die Landesregierung eine erhebliche Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt – und das bei einer weiterhin nicht ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen. Der ländliche Raum wird im Kontext einer Unterfinanzierung der Kommunen noch schlechter gestellt als zuvor, wohingegen die Städte der Ballungszentren mit ihrem hohen Sozialhilfeanteil an der Gesamtbevölkerung verhältnismäßige Gewinner der Entwicklung sind. Einen Soziallastenansatz allerdings auch nur auf Grundlage der Zahl der Bedarfsgemeinschaften in einer Kommune zu berechnen, geht an der Lebenswirklichkeit der Kommune vorbei. Berechnungen des Landkreistages haben ergeben, dass die Ausgaben für andere Sozialausgaben wie die der Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zur Pflege, Hilfe zum Le-

NRW lässt die Kommunen ausbluten

– der Kreis hilft den Kommunen

von Holger Müller MdL, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

In drei Schritten hat die Landesregierung bisher den ländlichen Raum gegenüber den Städten schlechter gestellt. Bereits das erste Gemeindefinanzierungsgesetz unter Rot-Grün im Jahr 2011 hat zu Senkungen des kommunalen Anteiles an der Gesamtschlüsselmasse von 52 auf 50 Prozent geführt. Im GFG 2012 reduzierte sich der Anteil des kreisangehörigen Raumes durch weitere Steigerung des Soziallastenansatzes auf 48,5 Prozent. Nach Berechnungen des Landkreistages fließen im kommenden Jahr nur noch 46 Prozent der allgemeinen Finanzmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes in den ländlichen Raum – und das obwohl 60 Prozent der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens dort lebt.

Mit den drei rot-grünen Gemeindefinanzierungsgesetzen 2011, 2012 und 2013 werden dann insgesamt rund 360 Millionen Euro (2013) zu Lasten des kreisangehörigen Raums an die kreisfreien Städte

„Durch Senkung der Kreisumlage hilft der Kreis den Kommunen jährlich mit 6 Millionen Euro“

umverteilt. Zusätzlich befrachtet die Landesregierung das GFG 2013 mit 115 Millionen Euro, um den Stärkungspakt zu finanzieren – diese Mittel werden von der Umverteilungsmasse abgezogen. Insgesamt steigen die Schlüsselzuweisungen in NRW im Jahr 2013 jedoch nur insgesamt um 235 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Trotz wachsender Aufgaben erhalten die ländlichen Kommunen damit auch absolut gesehen weniger Zuweisungen durch das Land (52 Millionen Euro).

Pro Kopf wird diese Umfinanzierung noch deutlicher. Bereits im Jahr 2010 flossen pro Einwohner 411 Euro in die kreisfreien Städte und nur 288 Euro in die kreisangehörigen Kommunen. Im Jahr 2013 ist dem Land NRW jeder Bürger in den kreisfreien Städten 507 Euro wert, in den kreisangehörigen Kommunen 279 und die Bürger im Rheinisch-Bergischen Kreis sogar nur 219 Euro – eine nicht hinnehmbare Disparität. Konkret bedeutet das für die Kommunen und den Kreis vor Ort einen Verlust von 18,5 Millionen Euro an Schlüs-

selzuweisungen im Vergleich zum Jahr 2012. Damit schrumpft die Gesamtzuweisungssumme aller Kommunen und des Kreises von 79,0 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 60,5 Millionen im Jahr 2013 (um 23,4 Prozent).

Wie zweischneidig die Finanzpolitik der Landesregierung ist, zeigt ein Blick auf den sog. Stärkungspakt Stadtfinanzen. Die Gemeinde Kürten bekommt im laufenden Jahr aus dem Stärkungspakt nach der Neuberechnung der Landesregierung 1.127.328 EUR. Wenn die Landesregierung die Berechnungsgrundlagen aus der Regierungszeit von CDU und FDP beibehalten hätte, würde Kürten bei den Schlüsselzuweisungen 2.867.846 EUR mehr erhalten.

Um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken, hat die CDU-Kreistagsfraktion beschlossen, das Vermögen des Kreises, das in der Ausgleichsrücklage in Höhe von 24 Millionen Euro gehalten wird, in einem Zeitraum von vier Jahren den Kommunen auszu zahlen. Nach heutiger Berechnung würden die Kommunen damit durch Senkung der Kreisumlage um 2 Prozentpunkte von 44 auf 42 Prozentpunkte um jährlich 6 Millionen Euro entlastet. Trotzdem kann damit der Kreis nur einen kleinen Teil der wegfallenden Schlüsselzuweisungen von 18,5 Millionen Euro kompensieren. Dieser Schritt ist jedoch die einzig verbleibende Möglichkeit ein noch größeres finanzielles Desaster der Kommunen im Kreis zu verhindern und ist zudem der weitreichendste Schritt, der derzeit möglich ist.

Damit beweist der Kreis und an seiner Spitze der Landrat und die CDU-Kreistagsfraktion erneut, dass vor Ort die kommunale Gemeinschaft nicht nur ein rhetorisches Feigenblatt ist, sondern auch konkret gelebt wird.



HOLGER MÜLLER

ist seit 2005 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, seit 1975 Kreistagsabgeordneter und seit 2000 Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion.

bensunterhalt, Hilfe zur Gesundheit und sonstiger Hilfen, die durch kreisangehörige Kommunen wie auch kreisfreie Städte getragen werden müssen, grundsätzlich in ihrer durchschnittlichen Höhe verhältnismäßig gleich sind. Für diese Aufwendungen gibt es im Finanzausgleich allerdings keine gesonderten Zuweisungsschlüssel. Somit benachteiligt der Soziallastenansatz den ländlichen Raum erheblich, da er nicht das reale Ausgabenverhalten kreisangehöriger Kommunen berücksichtigt. Der Hauptansatz bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen, der sich auf die Bevölkerungsgröße einer Kommune bezieht, hat im Jahr 2010 noch 76,9 Prozent der Gesamtzuweisungen aller Kommunen ausgemacht. Der Soziallastenansatz hingegen nur 11,1 Prozent. Im Jahr 2012, also nach der Änderung des GFG durch rot-grün, macht der Soziallastenansatz hingegen 38,4 Prozent der Gesamtzuweisungen aller Kommunen aus, wohingegen der Hauptansatz auf 53,9 Prozent gesunken ist. Entsprechend dieser Zahlen ist ersichtlich, dass die anderen Berechnungsfaktoren im Gemeindefinanzierungsgesetz wie der Demografiefaktor, der Schüleransatz, der Zentralitätsansatz und der Flächenansatz am Gesamtverteilungsvolumen nachrangig sind.

Die Summe aller beschriebenen Wechselwirkungen führt dazu, dass die rot-grüne Landesregierung den ländlichen Raum massiv benachteiligt. Die Auswirkungen bekommen die ländlichen Kommunen im kom-

menden Jahr besonders stark zu spüren, da die im Vorjahr gewährte Abmilderungshilfe, die die Mindereinnahmen bisher kompensierte, wegfällt. Die Verteilung der Schlüsselzuweisungen hin zum städtischen Raum wird sich insbesondere im Fall nachlassender Wirtschaftskonjunktur intensivieren – wenn die Gesamtmasse der zu verteilenden Steuereinnahmen sinkt und die Zahl der Sozialhilfeempfänger insbesondere im städtischen Raum wieder anwächst.

Daher ist es höchste Zeit, die Notbremse beim kommunalen Finanzausgleich zu ziehen. Kaum eine Landesregierung benachteiligt ihre Kommunen in Gänze und besonders ihre ländlichen Kommunen derart wie die in Nordrhein-Westfalen. Besonders fatal fällt die Kritik aus, weil eine noch von CDU und FDP beauftragte ifo-Kommission bereits den Weg zur Lösung der Probleme im Jahr 2010 aufgezeigt hat. Rot-Grün hingegen betreibt hier schamlose Klientelpolitik und lässt diejenigen finanziell ausbluten, die nicht ihrem Wählerklientel entsprechen.



UWE PAKENDORF

ist Kreistagsabgeordneter und CDU-Vorsitzender aus Rösraht, Pressesprecher der Kreis-CDU und Redaktionsleiter von CDUinform.



Er ist der dritte „Bergische Jung“, der in den letzten 20 Jahren Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen ist. Bodo Löttgen aus dem oberbergischen Nümbrecht kennt die Basis genau. Der Kriminalhauptkommissar a.D. war bis zur Landtagswahl 2012 kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Auch heute noch ist dem Kreisabgeordneten im Oberbergischen Kreis die Kommunalpolitik eine Herzensangelegenheit. CDUinform nutzt die Gelegenheit, ihn sowohl zur Frage der Kommunalfinanzen als auch zu seinem neuen Job zu befragen.

WIR MÜSSEN DIE FÄHIGKEITEN UND DAS WISSEN VON 147.000 MITGLIEDER BESSER NUTZEN!

Das Interview führte Lennart Höring

Herr Löttgen, kaum ein anderer Landtagsabgeordneter kennt die kommunale Basis so gut wie Sie. Als ehemaliger kommunalpolitischer Sprecher haben Sie die Kommunen vom Rheinland über das Ruhrgebiet bis nach Westfalen gesehen und kennengelernt. Landauf, landab klagen die Kommunen über klammer werdende Kassen. Ist nicht eigentlich das Land in der Pflicht, endlich wirkungsvoll zu helfen?

Die rot-grüne Landesregierung hat mit dem kommunalen „Schwächungspakt“ eine untaugliche Lösung für notleidende Kommunen präsentiert, die mit einem Erdrosselungsspardiktat vielerorts das Ende der kommunalen Selbstverwaltung bedeutet. Wenn nach den neuen Berechnungen 15 von 27 Kommunen insgesamt rund 35 Millionen Euro an eingeplanten Zuweisungen verlieren, zeigt das: der rot-grüne Stärkungspakt ist nicht nur schlampig gemacht, sondern auch unzuverlässig und unseriös. Das Stärkungspaktgesetz ist intransparent, nicht nachvollziehbar, selektiv und beschädigt das Vertrauen der Städte und Gemeinden in die Landespolitik, indem es eine Zweiklassengesellschaft schafft. Gerade denjenigen, die mit erheblichem Aufwand aus eigenem Antrieb und ohne Landesunterstützung bereits ordentlich gewirtschaftet und gespart haben, verweigert die Landesregierung die Hilfe, weil in ihrem beschränkten Denken nur überschuldete Kommunen arme Kommunen sind.

Die Kommunen im ländlichen Raum klagen besonders über die Umverteilung der zu verteilenden Mittel in Richtung der

Städte. Alleine im Rheinisch-Bergischen Kreis fehlen uns im Vergleich zum Berechnungsschlüssel der alten schwarz-gelben Landesregierung über 20 Mio. Euro im Jahr. Da stellt sich die Frage, ob rot-grün überhaupt Kommunalpolitik kann und welche (besseren) Lösungen wir hätten?

Durch die Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 und 2013 werden gerade Kommunen im ländlichen Raum, vielfach diejenigen, die ordentlich gewirtschaftet haben, erneut in schweres Fahrwasser gebracht. Welchen Sinn hat ein Gesetz, wenn es durch vorhersehbare Ausfälle von Schlüsselzuweisungen Kommunen in den Nothaushalt treibt? Ich habe bereits in einer Landtagsrede am 21.12.2011 auf folgendes hingewiesen: „Es ist daher bereits jetzt notwendig, vor den für viele Gemeinden schlimmen Folgen des Gemeindefinanzierungs-

gesetzes 2013 zu warnen. Ohne Abmilderungshilfe, mit einem erneut massiv ansteigenden Soziallastenansatz, ohne Landeshilfe

durch das Stärkungspaktgesetz wird so manche Gemeinde durch das Raster dieser Landesregierung fallen und sich im Nothaushalt wiederfinden.“

Die Lösung kann nur lauten: Entlastung der Kommunen bei den stetig steigenden Sozialkosten und Rückkehr zu einer gerechten Gemeindefinanzierung in NRW. Mit der Übernahme der Grundsicherung hat die Bundesregierung einen ersten wichtigen Schritt getan. Zugesagt hat Angela Merkel auch eine Prüfung der Übernahme der Kosten für die Eingliederungshilfe. Das wäre ein echter Befreiungsschlag für die

Die rot-grüne Landesregierung hat mit dem kommunalen „Schwächungspakt“ eine untaugliche Lösung für notleidende Kommunen präsentiert.

Städte und Gemeinden in NRW. Stadt- und Gemeinderäte verlangen zu Recht eine planbare, verlässliche, transparente und nachvollziehbare finanzielle Perspektive. Die CDU hat dazu im Landtag eine Vielzahl von Vorschlägen, die auch dem Grundsatz der Gerechtigkeit genügen, eingebracht. Mit der notwendigen Mehrheit werden wir dies hoffentlich bald in Regierungshandeln umsetzen können.

Kommen wir zu Ihrer neuen Wirkungsstätte, der CDU-Landesgeschäftsstelle in der Düsseldorfer Wasserstraße. Sie sind sowohl Chef der hauptamtlichen Mitarbeiter als auch oberster Feldherr der Abteilung „Angriff“ der ehrenamtlichen Partei. Wie haben Sie die ersten Monate erlebt?

Spannend, herausfordernd und lehrreich. Ich habe zu Beginn meiner Amtsführung immer gesagt, dass für mich unbedingtes Vertrauen zueinander im Team, Verlässlichkeit und ein Bewusstsein für den Wert klarer Entscheidungen - gerade in schwierigen Situationen - Grundsätze sind, die sich für mich in das politische Alltagsgeschäft eins zu eins übertragen lassen. Das gilt auch für meine Arbeit in der CDU Nordrhein-Westfalen.

Sie bereisen alle Kreisverbände. Ist die Partei in der Fläche gut aufgestellt?

Eine Lehre der letzten Landtagswahl lautet: Wir binden die Basis besser ein. Deshalb habe ich bisher 46 unserer 54 Kreisverbände besucht, um mir ein Bild von der Stimmung vor Ort zu machen. Ich habe dort festgestellt, dass die Motivation unserer Leute wächst. Mit klaren Standpunkten, guter Argumentation und moderner Kommunikation können wir das Ziel, unsere Landespartei aus der kommunalen Basis heraus zu regenerieren und zu revitalisieren, auch erreichen. Voraussetzung ist allerdings, nicht alle Energie durch parteiinterne Rangeleien und Diskussionen zu binden, sondern auch den politischen Gegner zu stellen und unsere Politik als die bessere Alternative anzubieten.

Die CDU leidet wie viele Parteien und Vereine auch unter schwindenden Mitgliederzahlen und somit geringeren Einnahmen. Wie wollen Sie die Partei aufstellen, damit sie ihren Aufgabe als letzte verbleibende Volkspartei in Zukunft noch richtig ausüben kann?

Erstens: Ich hatte mir vorgenommen, schnellst möglich die Sprachlosigkeit und die in Teilen noch vorhandene Lethargie in der Partei nach der Wahlniederlage zu überwinden. Da sind wir auf einem guten Weg. Die Parteibasis hatte bei der Wahlanalyse das erste Wort, bevor externe Fachleute ihren Beitrag geleistet haben. Dort haben wir ehrlich und offen, vor allem aber aus eigener Stärke heraus Fehler identifiziert, Konsequenzen aus der Wahlniederlage gezogen, und gemeinsam Ergebnisse erarbeitet, um für zukünftige Wahlkämpfe besser gerüstet zu sein. Beides waren für uns Tage des Zuhörens und Lernens. Zweitens: Wir haben den Instrumentenkasten unserer parteiinternen Kommunikation überprüft. Eine verbesserte Einbindung des Fachwissens unserer Mitglieder und die Beteiligung an Themenfindung, Meinungsaustausch und Entscheidungsprozessen soll uns attraktiver machen für politisch interessierte Menschen, die vorhandene Parteistrukturen bisher nicht nutzen. Drittens: Es wird unsere Aufgabe sein, den CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen durch Motivierung und Stärkung zu einer diskussionsfreudigen, in der Sache streitbaren, in den Positionen aber eindeutigen christdemokratischen Partei mit bundes- und europapolitischem Anspruch sichtbar zu machen.

Viele Bürger informieren sich heute über das Internet und kommunizieren über Soziale Netze wie Facebook oder Twitter. Ein Feld, in dem die Piratenpartei neue Maßstäbe gesetzt hat. Kann die CDU hier aufholen und mithalten? Wie wird die Parteikommunikation der Zukunft aussehen?

In Sachen Mitmach-Kultur per Internet werden wir als CDU Nordrhein-Westfalen die Piraten überholen.

In Sachen Mitmach-Kultur per Internet werden wir als CDU Nordrhein-Westfalen die Piraten überholen. Jedes CDU-Mitglied soll künftig auf einfache Weise an Anträgen mitschreiben und an Beratungen teilnehmen können. Als erste Partei in Deutschland wird die nordrhein-westfälische CDU ihren Mitgliedern ein internetbasiertes Konferenzsystem mit vielen Beteiligungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Das aus der Fraunhofer Forschung hervorgegangene Kommunikationssystem ermöglicht jedem Mitglied, auf einfache Weise eigene Ideen einzubringen und mitzuberaten. Ziel ist es, mehr Sachverstand aus der Basis in Debatten und Entscheidungen einzubeziehen und Themen früher zu erkennen. Beispielsweise können sich rund 1000 unserer Mitglieder in einem virtuellen Konferenzraum treffen und gleichzeitig oder in Arbeitsgruppen beraten und abstimmen. Wir werden bereits im nächsten Jahr mit diesem neuen Kommunikationssystem die Beratungen für ein Zukunftsmanifest beflügeln.

Herr Löttgen, wagen Sie einen Blick in die Zukunft. Ist die CDU in der Breite ehrenamtlich und hauptamtlich so gut aufgestellt, dass wir die Bundestagswahlen im nächsten Jahr in NRW (und Deutschland) gewinnen können?

Klar ist: Wenn wir als CDU in Nordrhein-Westfalen nicht strukturell besser abschneiden als bei der vergangenen Landtagswahl, dann ist die Bundestagswahl für ganz Deutschland verloren. Deshalb richten wir schon jetzt den Blick auf die Bundestagswahl 2013 und kämpfen gemeinsam dafür, die CDU Nordrhein-Westfalen zu neuer Stärke zu führen. Die Gesamtpartei sollte Zusammenhalt nach außen ausstrahlen. Es ist wie bei einem Ruderer: Wenn die acht Ruderer den Steuermann im Stich lassen oder der Steuermann keine Augen für seine acht Ruderer hat, kann das Boot nicht gewinnen. Also müssen alle zusammenarbeiten, damit man wie in London bei Olympia eine Goldmedaille holen kann.

Eine letzte Frage, Herr Löttgen: Was kann der Generalsekretär gegen die allgemeine Politikverdrossenheit tun?

Die Fähigkeiten und das Wissen unserer rund 147.000 Mitglieder wertzuschätzen und deren Fähigkeiten stärker als zuvor einzubinden. Neben dieser aktiven Teilhabe der Parteibasis will ich über klare und handhabbare thematische Positionen sowohl Profil schärfen, als auch gemeinsames Handeln ermöglichen. Es soll wieder Freude bereiten, aktiv und selbstbewusst Politik für die CDU Nordrhein-Westfalen zu machen!

Herr Löttgen, wir bedanken uns für das Interview und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg und Spaß bei der Arbeit.



Bodo Löttgen (53) ist verheiratet und lebt mit seiner Frau Martina im oberbergischen Nümbrecht. Nach dem Abitur machte er eine Ausbildung bei der Polizei und studierte anschließend an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Bis 2005 war der Kriminalhauptkommissar a.D. Personenschützer beim Bundeskriminalamt. Von 2005 bis 2012 war er CDU-Landtagsabgeordneter, zuletzt als kommunalpolitischer Sprecher. Seit dem 30.06.2012 ist er Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen.

TERMINE DER CDU UND VEREINIGT

Termine im Dezember 2012

17.12.2012 **CDU Bergisch Gladbach**
Montag
20:00 Uhr
Vortrag von Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB

Spiegelsaal des Bürgerhauses Bergischer Löwe,
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
CDU-Center, 02202-9369570

19.12.2012 **Senioren-Union Overath**
Mittwoch
10:30 Uhr
132. Frühschoppen „Europa und die Rettungsschirme“

mit Herbert Reul MdEP
Bürgerhaus
Rudolf Preuß, 02206-2953

Termine im Januar 2013

03.01.2013 **Senioren-Union Rösrath**
Mittwoch
11:30 Uhr
Krippenfahrt nach Rommersdorf und Rheinbrohl

Rainer Mauer, 02205-2210

07.01.2013 **CDU Rösrath**
Montag
19:00 Uhr
Neujahrsempfang
mit Generalsekretär Bodo Löttgen
Bürgerforum Hoffnungsthal
Uwe Pakendorf, 02205-896088

07.01.2013 **JU Bergisch Gladbach**
Montag
19:30 Uhr
Stammtisch
Ort kurzfristig auf www.ju-gl.de
Martin Lucke, 02204-85047 oder 0157-82402738

09.01.2013 **Senioren-Union Rösrath**
Mittwoch
10:00 Uhr
XVII. Politisches Gespräch
Bacherhof, Bach 4, Lohmar
Rainer Mauer, 02205-2210

12.01.2013 **JU Wermelskirchen**
Samstag
11:00 Uhr
Neujahrsempfang mit Wolfgang Bosbach
Rathaus, Raum 1.32
Christian Klicki, 0177-6274756

16.01.2013 **Senioren-Union Leichlingen**
Mittwoch
10:00 Uhr
Monatsversammlung
Vortrag „Die Arbeit der CDU Leichlingen in den Jahren 1964-1983“ von Walter Krautwurst
CDU-Bürgertreff, Bahnhofstr. 17
Helmut Langer, 02175-4150

16.01.2013 **CDU Wermelskirchen**
Mittwoch
14:00 Uhr
Start der Wirtschaftstour
Besichtigung der Werkstatt Lebenshilfe
Altenhöhe 11, 42929 Wermelskirchen
Christian Klicki, 0177-6274756

16.01.2013 **Senioren-Union Bergisch Gladbach**
Mittwoch
15:00 Uhr
Mittwochstreff
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 02202-83572

17.01.2013 **Senioren-Union Wermelskirchen**
Donnerstag
15:00 Uhr
Herr Niehaves erzählt aus seinem Buch
Sitzungssaal Bürgerhaus, Eich 6/9
Werner Allendorf, 02196-4103 oder 0173 2856393

17.01.2013
Donnerstag
20:00 Uhr

MIT Rheinisch-Bergischer Kreis
Europäischer Binnenmarkt

Diskussion mit Herbert Reul und Alexander Hoeckle
GL-Center, Am Stadion 18-24
Doro Dietsch, 0163-8842450, d.dietsch@gmx.de

19.01.2013
Samstag
10:00 Uhr

CDU Leichlingen
Besichtigung des Entsorgungszentrums :metabolon in Lindlar

Fahrtkosten: 5 Euro p.P. inkl. Snack
Bernd Siebertz, 0176-43011694 oder
Christopher Schiefer, 0177-6727395

20.01.2013
Sonntag
11:00 Uhr

CDU Leichlingen
Neujahrsempfang mit Armin Laschet MdL

Weyermannsaal im Bürgerhaus, Am Hammer
Christopher Schiefer, 0177-6727395

20.01.2013
Sonntag
15:00 Uhr

JU Rheinisch-Bergischer Kreis
**Diskussion mit unserem JU-Kreistags-
abgeordneten Uwe Pakendorf**

Rösrath, Ort wird noch mitgeteilt
Diego Faßnacht, 0178-6360840

22.01.2013
Dienstag
17:00 Uhr

CDU-Ratsfraktion Bergisch Gladbach
Offene Arbeitsgruppe Verkehr
Thema Parkplätze Stadtmitte

Rathaus Bergisch Gladbach-Stadtmitte
Ratssaal 1. OG, Konrad-Adenauer-Platz 1
Lennart Höring, 02204-9675929, lh@cdu-gl.de

27.01.2013
Sonntag
11:30 Uhr

CDU Odenthal
Neujahrsempfang

Mensa im Schulzentrum
Nicola Ciliax-Kindling, 02174-743911

28.01.2013
Montag
15:00 Uhr

Senioren-Union Rösrath
Jahreshauptversammlung

mit traditionellem Auftritt des Rösrather Dreigestirns
Wöllner-Stift, Bahnhofstr. 26, Rösrath
Rainer Mauer, 02205-2210

31.01.2013
Donnerstag
15:00 Uhr

Senioren-Union Wermelskirchen
Wie sicher ist der Euro?

mit einem Referenten der Volksbank Remscheid-SG
Sitzungssaal Bürgerhaus, Eich 6/9
Werner Allendorf, 02196-4103 oder 0173-2856393

Termine im Februar 2013

04.02.2013
Montag
19:30 Uhr

JU Bergisch Gladbach
Stammtisch

Ort kurzfristig auf www.ju-gl.de
Martin Lucke, 02204-85047 oder 0157-82402738

13.02.2013
Donnerstag
11:00 Uhr

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Politischer Aschermittwoch

Bergischer Löwe, Spiegelsaal,
Konrad-Adenauer-Platz 1, Bergisch Gladbach
CDU-Center, 02202-936950, kgs@cdu-rbk.de

14.02.2013
Donnerstag
15:00 Uhr

Senioren-Union Wermelskirchen
**Werner Bornefeld liest Geschichten
in Bergisch Platt vor**

Sitzungssaal Bürgerhaus, Eich 6/9
Werner Allendorf, 02196-4103 oder 0173-2856393

UNGEN IM RHEINISCH-BERGISCHEN

20.02.2013

Mittwoch
10:00 Uhr

Senioren-Union Rösrath
XVIII. Politisches Gespräch

Bacherhof, Bach 4, Lohmar
Rainer Mauer, 02205-2210

20.02.2013

Mittwoch
10:00 Uhr

Senioren-Union Leichlingen
Monatsversammlung - Die Arbeit des Schiedsmannes in Leichl.-Witzhelden

Vortrag von Gert Schulze
CDU-Bürgertreff, Bahnhofstr. 17
Helmut Langer, 02175-4150

20.02.2013

Mittwoch
15:00 Uhr

Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff

Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 02202-83572

20.02.2013

Mittwoch
18:00 Uhr

CDA Wermelskirchen
Quo vadis Europa mit Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel

Bürgerzentrum Wermelskirchen
Stefan Leßenich, 02196-800418

22.02.2013

Freitag
18:00 Uhr

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes

Thomas Frank, 02202-936950

25.02.2013

Montag

Senioren-Union Kürten
Tagesfahrt/Besichtigung der Krombacher Brauerei

Heinz-Georg Clausen, 02268-909300

27.02.2013

Mittwoch
19:30 Uhr

CDU BGL-Bensberg/Moitzfeld
Bensberger Bürgergespräch „Viel Lärm um Nichts - Thema Nachtflug“

Café Amelie, Schloßstr. 7, Bensberg
Lennart Höring, 02204 9675929, lh@cdu-gl.de

28.02.2013

Donnerstag
15:00 Uhr

Senioren-Union Wermelskirchen
Jahreshauptversammlung mit Neuwahl von Kassenprüfern

Sitzungssaal Bürgerhaus, Eich 6/9
Werner Allendorf, 02196-4103 oder 0173-2856393

14.03.2013

Donnerstag
15:00 Uhr

Senioren-Union Wermelskirchen
Heinz Werner Schauerte berichtet mit einem Vortrag über eine Israel-Reise

Sitzungssaal Bürgerhaus, Eich 6/9
Werner Allendorf, 02196-4103 oder 0173- 2856393

17.03.2013

Sonntag
11:00 Uhr

CDU und Senioren-Union Rösrath
Europa-Matinee mit Herbert Reul MdEP

Bürgerforum Hoffnungsthal (geplant)
Rainer Mauer, 02205-2210

18.03.2013

Montag
19:00 Uhr

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Sitzung des Kreisvorstandes

Thomas Frank, 02202-936950

20.03.2013

Mittwoch

Senioren-Union Leichlingen
Monatsversammlung - Ostdeutschland zwischen Kriegsende und Gründung der DDR

Vortrag von Dr. Jürgen Thies
CDU-Bürgertreff, Bahnhofstr. 17
Helmut Langer, 02175-4150

20.03.2013

Mittwoch
15:00 Uhr

Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff

Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 02202-83572

21.03.2013

Donnerstag
19:00 Uhr

CDU Odenthal
Jahreshauptversammlung

Bürgerhaus
Nicola Ciliac-Kindling, 02174-743911

21.03.2013

Donnerstag
21:00 Uhr

CDU BGL-Bensberg/Moitzfeld
Nachtbesichtigung des Flughafens Köln/Bonn

nur mit Anmeldung/Warteliste - begrenzte Plätze -
Lennart Höring, 02204-9675929, lh@cdu-gl.de

25.03.2013

Montag

Senioren-Union Kürten
Besichtigung der MMC-Studios in Köln-Ossendorf

Heinz-Georg Clausen, 02268-909300

28.03.2013

Donnerstag
15:00 Uhr

Senioren-Union Wermelskirchen
Reportage über den Bau der Müngstener Brücke

Vortrag von Achim Stillger
Sitzungssaal Bürgerhaus, Eich 6/9
Werner Allendorf, 02196-4103 oder 0173-2856393

Termine im März 2013

04.03.2013

Montag
19:30 Uhr

JU Bergisch Gladbach
Stammtisch

Ort kurzfristig auf www.ju-gl.de
Martin Lucke, 02204-85047 oder 0157-82402738

05.03.2013

Dienstag
19:00 Uhr

CDU-Ratsfraktion Bergisch Gladbach
Fraktion im Dialog
Thema Kindertagesbetreuung

Rathaus Bergisch Gladbach-Stadtmitte
Ratssaal 1. OG, Konrad-Adenauer-Platz 1
Lennart Höring, 02204-9675929, lh@cdu-gl.de

13.03.2013

Mittwoch
19:00 Uhr

CDU BGL-Bensberg/Moitzfeld
Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Ortsverbandsvorstandes

Rathaus Bergisch Gladbach-Bensberg
Ratssaal Wilhelm-Wagener-Platz
Lennart Höring, 02204-9675929, lh@cdu-gl.de

Termine im April 2013

01.04.2013

Montag
19:30 Uhr

JU Bergisch Gladbach
Stammtisch

Ort kurzfristig auf www.ju-gl.de
Martin Lucke, 02204-85047 oder 0157-82402738

01.04.2013

Montag
19:30 Uhr

JU Bergisch Gladbach
Stammtisch

Ort kurzfristig auf www.ju-gl.de
Martin Lucke, 02204-85047 oder 0157-82402738

NPD-VERBOTSVERFAHREN – ZWEITER VERSUCH!?

In diesen Tagen müssen wir entscheiden, ob in Karlsruhe erneut ein Antrag auf Verbot der NPD eingereicht wird. Dass die NPD verfassungsfeindlich ist, steht außer Frage. Das alleine genügt allerdings für ein Verbot nicht! Die Antragsteller müssen auch aggressiv-kämpferisches Verhalten gegen den Staat nachweisen und die europäische Rechtsprechung beachten, nach der die Partei eine relevante Gefahr für die Demokratie sein muss. Mit dem Abzug der V-Leute aus den NPD-Führungsgremien haben die Innenminister zwar schon ein (ehemaliges) Verfahrenshindernis beseitigt, und dieses Mal soll in den Antragsunterlagen kein Material von V-Leuten mehr enthalten sein. Die große Zahl von Dokumenten macht deutlich, dass ein gerichtsfester Nachweis nicht problemlos möglich ist. Außerdem hat Generalbundesanwalt Range soeben betont, dass es keinen Nachweis dafür gebe, dass die NSU als „krimineller Arm“ der NPD fungiert habe. Auch strafbares Verhalten einzelner Parteimitglieder wird prozessual erst dann relevant, wenn ihre Taten auch der NPD zugerechnet werden kön-

nen. Daher gilt: Sorgfalt vor Tempo! Schon jetzt hat die NPD versucht, mit ihrem eigenen Antrag beim Gericht einen Coup zu landen, der allerdings nicht von Erfolg gekrönt sein dürfte. Hier droht eher eine Missbrauchsgebühr. Es dürfte jedoch egal sein, ob der Antrag schon bald als unzulässig verworfen wird und wann ein neuer Antrag gestellt wird, letztendlich erhält die NPD in beiden Varianten – leider – erneut eine breite öffentliche Plattform, um für ihre „Politik“ zu werben. Sollte noch einmal ein Verbotsantrag gestellt werden, darf er unter keinen Umständen scheitern. Das wäre eine unfreiwillige Werbung für die NPD und eine riesige Blamage für den Staat.

Wahlkreisbüro Wolfgang Bosbach MdB
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach
Tel: 02202-9369530, Fax: 932700
E-Mail: wolfgang.bosbach@wk.bundestag.de
www.wobo.de



Wolfgang Bosbach ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages und leitet seit 2009 den Innenausschuss

EUROPÄISCHER RAHMEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 den Anteil an Energie aus erneuerbaren Energien auf 20 Prozent zu steigern. Sie ist auf einem guten Weg, dieses Ziel zu erreichen, wenn nicht sogar zu übertreffen. Allerdings wird das Motto der Europäischen Union, „in Vielfalt geeint“, bei der Förderung erneuerbarer Energien geradezu wörtlich genommen: über 170 verschiedene Programme haben die Mitgliedstaaten aufgelegt, um erneuerbare Energien zu subventionieren. Diese vielen verschiedenen Förderarten sind teils sehr teuer und belasten oft gerade die Verbraucher

enorm. Allein in Deutschland verursacht die Erneuerbare-Energien-Umlage, die jeder Stromkunde zahlen muss, Kosten von 20 Milliarden Euro pro Jahr.

Ich bin zum Berichterstatter des Europäischen Parlaments für Erneuerbare Energien ernannt worden und habe Anfang November meinen Berichtsentwurf dazu vorgelegt. Darin schlage ich vor, in Zukunft die Förderung für erneuerbare Energien stärker europäisch zu regeln, um den Flickenteppich der 170 verschiedenen Einzelregelungen zu beenden. Es widerspricht schon dem EU-Binnenmarkt, wenn jeder Staat in dieser teuren Form sein eigenes Süppchen kocht. Der wichtigste Grund sind meiner Ansicht nach aber die hohen Kosten.

Derzeit ist es in Griechenland weit weniger lukrativ, eine Solaranlage zu bauen, als in Nordrhein-Westfalen. Das hängt auch mit der Schuldenkrise zusammen, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Es liegt auch daran, dass die Subventionen in Deutschland um ein vielfaches höher sind. In Griechenland könnte eine Anlage, wie sie derzeit auf

vielen deutschen Dächern gebaut wird, durch die viele Sonne in viel weniger Zeit viel mehr Strom produzieren, aber die hohen Subventionen machen den Unterschied. Man könnte also in Griechenland mit viel weniger Förderung viel bessere Ergebnisse erzielen als bei uns. Davon könnten auch deutsche Firmen profitieren, wenn sie in Südeuropa investieren wollen. Wichtig werden dann vor allem auch Leitungen, die den Strom durch Europa transportieren können.

Ich glaube es ist deshalb an der Zeit, über einen europäischen Förderrahmen für Erneuerbare Energien nachzudenken, der die Bedingungen für erneuerbare Energien stärker angleicht. Denn es wäre doch sehr viel effizienter, wenn wir die Sonnenenergie aus Südeuropa nutzen würden und die Windkraft im Norden. Ich glaube, dass Europa mit dem Geld seiner Bürger effektiver umgehen kann, als es bisher geschieht und dazu soll mein Bericht das Europäische Parlament anregen.

Europa-Büro Herbert Reul MdEP
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach,
Tel: 02202 - 93695-55, Fax: -61
E-Mail: h.reul@herbert-reul.de
www.herbert-reul.de
www.facebook.com/HerbertReul



Herbert Reul ist seit 2004 Europaparlamentarier und seit diesem Jahr Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

DEZENTRAL UND ORTSNAH

Wenn Sie demnächst Ihre Stromabrechnung in den Händen halten, empfehle ich einen Blick auf das Kleingedruckte. Als größten Einzelposten werden Sie in der feinsäuberlichen Zusammenstellung mit rd. 6 Ct/kWh (ca. 25 %) die sog. Netznutzungskosten finden.

Als Stromkunde zahlen Sie dafür, dass die verschiedenen Betreiber Stromleitungen zur Verfügung stellen. Dazu gehören alle Ebenen (Höchst-, Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen) sowie die Stromautobahnen der Zukunft, die sog. HGÜ's, Hochspannungsgleichstromübertragung – unabhängig davon, ob „Ihr“ Strom tatsächlich diesen Weg benötigt. Die Kosten der jeweils oberen Netzebene werden schlicht auf die untere überwält.

Seit Jahren sind die Investitionen in die Stromnetze deutlich zurückgegangen, sodass das deutsche Stromnetz inzwischen als überaltert gilt. Derzeit wird heftig diskutiert, ob neben dieser Erneuerung ein Ausbau der Höchstspannungsnetze um weitere 3.600 km als Folge der Energiewende wirklich in diesem Umfang erforderlich ist. Große Teile des Netzes würden NRW in Nord-Süd-Richtung überspannen. Bundeswirtschaftsminister Rösler will den 4 Übertragungsnetzbetreibern 2.900 km genehmigen. Immerhin garantiert

der Staat den Betreibern eine jährliche Verzinsung von 9 %.

Da ist es gut, dass Bundesumweltminister Peter Altmaier im Interesse der Stromkunden den Bürgern die Beteiligung an den Netzinvestitionen mit einer Verzinsung von ca. 5 % ermöglichen will. Noch wichtiger ist allerdings sein Ansatz, den Netzausbau auf das notwendige Maß zu beschränken, schrittweise vorzugehen und regelmäßig zu überprüfen. Denn jeder km Freileitung kostet 0,8 Mio. EUR, als Erdkabel mindestens 3,2 Mio. EUR, die sich am Ende inkl. garantierter Verzinsung auf Ihrer Rechnung wiederfinden.

Je näher also die Stromerzeugung und die Stromabnahme aneinander rücken, umso geringer werden die Notwendigkeiten des



Foto: Thorben Wengert / pixelio.de



Rainer Deppe ist seit 2005 Mitglied im Landtag NRW

Netzausbaus und umso eher lässt sich der Anstieg der Netznutzungsgebühren begrenzen. Die kostengünstigste Netzarchitektur der Zukunft wird dezentral und verbrauchsnahe sein. Es ist schließlich ein Unterschied, ob wir den Strom über wenige km aus Lindlar, Niederaußem oder aus hunderten km Entfernung vom offenen Meer vor Helgoland beziehen.

Und wenn es dann noch gelingen würde, die Kosten der tatsächlichen Stromnetznutzung wirklich verursachergerecht den Erzeugern und den Abnehmern zuzuordnen, gäbe es auch wieder mehr Wettbewerb.

Landtagsbüro Rainer Deppe MdL
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel. 0211-884-2340, Fax -3227
E-Mail: rainer@deppe-direkt.de
www.deppe-direkt.de
www.facebook.com/rainer.deppe.mdl
www.twitter.com/rainer.deppe.mdl

ROT-GRÜNES NICHTSTUN IM FLUGHAFEN-AUFSICHTSRAT BEI NACHTFLUG OFFENSICHTLICH

Das Fazit der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage von Rainer Deppe und mir zum Thema Nachtflugverbot von Passagiermaschinen am Flughafen Köln/Bonn fällt klar aus: Im Aufsichtsrat wurde offensichtlich nichts getan.

Zuerst wurden ganz schnell alle von der Landesregierung in die Flughafen Köln/Bonn

GmbH entsandten Aufsichtsratsmitglieder durch eigene rot-grüne Parteifreunde ersetzt. Nur zwei Wochen nach der Regierungsübernahme waren alle CDU-Mitglieder aus dem Aufsichtsrat entfernt. Die neuen Aufsichtsratsmitglieder, allesamt Staatssekretäre, haben dann aber ganz offensichtlich nichts unternommen, um das von SPD und Grünen pünktlich zu jedem Wahlkampf wieder entdeckte Thema auch tatsächlich umzusetzen, denn es ist ja faktisch bis heute nichts passiert.

Die Weigerung, den Abgeordneten und der Öffentlichkeit mitzuteilen, ob die Landesvertreter überhaupt den nächtlichen Passagierflug im Flughafen-Aufsichtsrat zum Thema gemacht haben, ist zwar formal in Ordnung, transparent ist ein solches Verhalten nicht.

Die SPD spricht nach wie vor mit gespaltenen Zunge. Vor Ort ist sie für ein generelles Nachtflugverbot, im Land und in der Stadt Köln dagegen. In der „Larifari-Antwort“ des



Foto: D. Hendess / pixelio.de

Ministers ist der letzte Satz interessant. Die Landesregierung räumt eventuell finanzielle Nachteile für den Flughafen Köln/Bonn ein. Aha!

Landtagsbüro Holger Müller MdL
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: 0211 - 884-2263, Fax: -3368
E-Mail: holger.mueller@landtag.nrw.de
www.klartext-mueller.de
www.facebook.com/Holger.Mueller.MdL
www.twitter.com/klartextmueller



Holger Müller ist seit 2005 Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath

RADFAHREN IM SÜLTAL

CDU für Fernradwegekonzept mit Strahlwirkung auf den Südkreis

von Rainer Deppe, stv. Fraktionsvorsitzender

Viele Jahre lang war das Bergische Land als Radfahrland allenfalls bei Radprofis und Fernsehzuschauern durch die spektakulären Anstiege bei Rund-um-Köln bekannt. Dass unsere Heimat zunehmend von Freizeitradfahrern und Touristen entdeckt wird, hat zwei triftige Gründe: der Siegeszug der E-Bikes und vor allem neue Radwege, abseits der Hauptverkehrsstraßen und vor allem ohne große Steigungen.

Radwege entlang von Flussläufen und auf ehemaligen Bahntrassen haben das Bergische Land für viele Touristen attraktiv gemacht. Die „Balkantrasse“ von Opladen über Burscheid und Wermelskirchen nach Remscheid-Lennep ist inzwischen ein echter Renner. Das Erfolgsmodell „Radfahren auf ausgedienten Bahntrassen im Bergischen Land“ greift die CDU-Kreistagsfraktion jetzt auf.

Kernansatz des CDU-Antrages, der in der Dezembersitzung des Kreistages beschlossen werden soll, ist ein Lückenschluss im überregionalen Radverkehrsnetz, der den Bergischen Höhenweg von Essen nach Olpe mit dem Siegtalradweg zwischen dem Rhein und Kreuztal auf einer Trasse entlang der Agger und der Sülz verbinden soll. Genau diese Region zwischen den Anknüpfungspunkten in

Wipperfürth und Lohmar ist bisher im Landesradwegeplan ein weißer Fleck auf der Landkarte.

Interessant ist die Routenführung, weil sie durch eine landschaftlich und touristisch sehr reizvolle Region führt und insbesondere entlang des Sülzlaufes bereits Wegführungen bestehen und zudem bereits in Lindlar die ersten Teilstücke eines solchen Verbindungsweges auf der ehemaligen Bahntrasse Lohmar-Rösrath-Hoffnungsthal-Immekeppel-Homme- rich fertiggestellt sind.

Der von der Landesregierung angekündigte hohe Fördersatz im Rahmen des Aktionsplans macht eine Umsetzung des Projekts zudem auch im Hinblick knapper kommunaler Haushalte attraktiv.



Grafik: U. Pakendorf

Daher wird unter Einbindung verschiedener Akteure, wie der Region Köln/Bonn e.V. und der RadRegionRheinland e.V. eine Machbarkeitsstudie beauftragt, die zunächst auf der Fläche des Rheinisch-Bergischen Kreises ansetzt und auch die Nachbarkreise einbeziehen soll. Idee ist zudem, dass sich mit den Fernwegeverbindungen einen Ausbau unterschiedlichster Radrouten und Rundwege in die Umgebung von Bergisch Gladbach, Overath und Rösrath entwickeln sollen – ein Projekt mit Strahlwirkung auf den gesamten Südkreis.

KLIMASCHUTZ IST WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Klimaschutzmanager für den Kreis beim BAV

von Uwe Pakendorf, Vorsitzender des Zukunftsausschusses

Seit Beginn des Strategieprozesses RBK 2020 gehört der Klimaschutz zu den Kernaufgaben der Kreientwicklung. Wie bereits berichtet, hat der Rheinisch-Bergische Kreis Mitte dieses Jahres ein integriertes Klimaschutzkonzept beauftragt. Die politischen Beratungen um die Schwerpunktsetzungen sind im Zukunftsausschuss des Kreises derzeit intensiv im Gange. Sollen sich der Kreis und die Kommunen auf die Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen konzentrieren, um die Entwicklung steuernd zu begleiten, soll die Schwerpunktsetzung auf der Förderung von Solarenergie basieren oder soll

man sich gar auf die Förderung von Wärmedämmung konzentrieren? All dies sind Fragen, die politisch diskutiert werden, jedoch nur von Fachleuten zu beantworten sind.

Daher hat die CDU-Fraktion im Kreistag einen interfraktionellen Antrag angestoßen, der diese unterschiedlichen Herausforderungen in fachliche und verantwortungsvolle Hände legen und damit den Prozess in gelenkte Bahnen überführen soll. Beschlossen werden soll die Einrichtung eines Klimaschutzmanagers für den Rheinisch-Bergischen Kreis – und wenn der Oberbergische Kreis mitmacht, vielleicht sogar für das Bergische Land. Verortet wird der Klimaschutzmanager beim Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) oder besser gesagt, beim Bergischen Energiekompetenzzentrum des Regionale 2010-Projektes: metabolon. Ziel ist es, bestehende Stärken zu stärken. Bereits heute sind für beide Kreise am Standort das Holzclustermanagement und die Bergische Energieberatung untergebracht. Genau auf diese Kompetenzen kommt es auch in Zukunft an. Daher macht es Sinn, den

gesamten Klimaschutzprozess von diesem Ort aus zu steuern.

Vorteil ist zudem, dass es neben der Bundesförderung auch Interessen aus der Wirtschaft gibt, sich an den Kosten des Klimaschutzmanagers zu beteiligen. Angestrebt werden soll eine Kostenneutralität für die kommunalen Haushalte und eine große Nähe zur lokalen Wirtschaft und Handwerk. Die CDU-Fraktion versteht diese Maßnahme daher neben der ökologischen Wirkung auch als eine konkrete Wirtschaftsförderung für unsere Region.

Impressum

Herausgeber CDU-Kreistagsfraktion
Rheinisch-Bergischer Kreis
Holger Müller MdL, Fraktionsvorsitzender

Redaktion Johannes Dünner, stellv. Fraktionsvorsitzender und Pressesprecher

Geschäftsstelle Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach
Tel. 02202-132328
Fax 02202-132244
cdu@rbk-online.de

Bürozeiten Dienstag, 9:00 – 17:00 Uhr
Donnerstag, 9:00 – 12:00 Uhr



Bergisches Energiekompetenzzentrum Lindlar

Faßnacht beim JU-Deutschlandtag Rostock

Diego Faßnacht, Kreisvorsitzender unserer JU, hat als Delegierter für das Bergische Land am JU-Deutschlandtag in Rostock zwischen dem 5. und 7. Oktober teilgenommen. An diesem Wochenende verabschiedete die Junge Union Deutschlands zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder ein neues Grundsatzprogramm. In sieben vorhergegangenen Monaten hatten die über 120.000 Mitglieder Richtlinien für die politische Arbeit des Jugendverbandes in den kommenden Jahren erarbeitet. Das Programm wurde auf dem Deutschlandtag von den Delegierten einstimmig beschlossen.

Sowohl die Wertebasis der Jungen Union wurde betont, als auch neue Themen angesprochen. So finden beispielsweise aktuelle Themen wie Netzpolitik und Cyber-Sicherheit erstmals Platz in einem Grundsatzprogramm der JU. Universelle Werte wie Wahrung von Freiheit und Demokratie, Betonung der individuellen Verantwortung und Schutz des Eigentums bilden das Fundament der Leitlinien für die politische Arbeit der JU in den kommenden Jahren. Diego Faßnacht zieht nach dem

Wochenende ein positives Fazit: „Ich bin froh darüber, dass wir uns mit einem guten Grundsatzprogramm für die kommenden Jahre gerüstet haben. „Einen kleinen Scherz haben wir Delegierte aus NRW uns auch erlaubt, so steht nun im Grundsatzprogramm der Satz: „Deutschland ist ein wunderschönes Land mit weltweit einmaligen Naturlandschaften, wie dem Rheinland, Westfalen und Lippe, wie dem Wattenmeer oder dem Alpenvorland, wie den Mittelgebirgen oder den Biosphären entlang der großen Flüsse.“ (df)



Auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel war natürlich mit von der Partie bei der Jungen Union.

JU Rhein-Berg erfolgreich beim NRW-Tag

Die Junge Union Rhein Berg war am Wochenende vom 23.-25.11. in Bocholt beim 47. JU NRW-Tag. Neben der Verabschiedung des Leitantes „Raus aus den Schulden“ wurde außerdem der JU-Landesvorstand neu gewählt. Mit knapp 92 % wurde Paul Ziemiak aus Iserlohn zum neuen JU Landesvorsitzenden gewählt. Nach 6 Jahren Amtszeit trat Sven Volmering aus Bocholt, welcher inzwischen stellvertretender Landesvorsitzender der CDU NRW ist, aus Altersgründen nicht mehr an.

Die JU Rhein-Berg kehrte zufrieden aus Bocholt zurück. Der Kreisvorsitzende Diego Faßnacht zieht ein positives Fazit: „Ich bin zuversichtlich, dass der neue JU Landesvorstand unter Führung von Paul Ziemiak eine gute Arbeit leisten wird. Auch inhaltlich konnten wir dem Leittrag mit vielen Anträgen



v.l.n.r.: Christian Klicki, Maurice Winter, Maria Schmidt, Paul Ziemiak, Vanessa Domingues und Diego Faßnacht

unseren Stempel aufdrücken. Gerade bei der Frage der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen konnten wir uns als JU Rhein-Berg durchsetzen.“ (df)

1. Bolzplatzturnier der JU Wermelskirchen

Acht Teams fanden den Weg zum Bolzplatz neben der Mehrzweckhalle in Dhünn. Das Turnier war sehr ausgeglichen und am Ende zahlte sich der Heimvorteil aus, jedoch nicht für die JU. Das Team von Lokomotive Dhünn II gewann das Finale gegen die 1. Mannschaft im Neunmeterschießen. Die JU Wermelskirchen scheiterte im Viertelfinale an der TTG Dhünn. Viel wichtiger war allerdings der Sieg im „El Classico“ des Rheinisch-Bergischen Kreises gegen die JU Leichlingen - deut-

lich mit 5:1. Der Vorsitzende der JU Leichlingen Maurice Winter freute sich schon auf die Revanche beim nächsten Aufeinandertreffen beim WoBo-Cup in Leichlingen. Es gab von allen Teilnehmern viel Lob für die Ausrichter und Zuspruch für eine erneute Ausrichtung im nächsten Jahr.

Der Vorsitzende der JU Wk Christian Klicki resümierte: „Der wahre Sieger ist die Wermelskirchener JU, der Sieg im Derby und fünf Neumitglieder, was will man mehr.“ (ck)

Klicki und Winter im JU-Bezirksvorstand

Bereits am 30. September fand im :metabolon in Lindlar die turnusmäßige Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen der Jungen Union Bergisches Land statt.

Als Gastredner berichtete der Bezirksvorsitzende der CDU, Herbert Reul MdEP, vom aktuellen politischen Geschehen und diskutierte mit den anwesenden JULern die zukünftige Ausrichtung der Landespartei sowie über die Zukunft Europas.

Aus dem rheinisch-bergischen Kreis wurde Christian Klicki aus Wermelskirchen als stellv. Vorsitzender sowie Maurice Winter aus Leichlingen als Beisitzer in den Bezirksvorstand gewählt. Des Weiteren gehört der Kreisvorsitzende Diego Faßnacht aus Bergisch Gladbach kooptiert dem Vorstand an, sodass die Junge Union Rheinisch-Bergischer Kreis dort stark vertreten wird.

Nach der Jahreshauptversammlung konnte das Entsorgungszentrum :metabolon besichtigt werden, durch das einer der ehrenamtlichen Gesellschafter führte. (mw)

JU Kürten - kurz und kompakt

Um den Standort Kürten für die Jugendlichen im Hinblick auf die Berufsausbildung und das Leben langfristig attraktiv zu gestalten, arbeitet die Junge Union Kürten aktuell an einer Ausbildungsbroschüre. Diese umfasst alle Kürtener Ausbildungsmöglichkeiten und soll aufzeigen, dass die Gemeinde Kürten einiges zu bieten hat. Fertigstellung im Frühjahr 2013.

Die JU Kürten hat sich vehement für das neue Gewerbegebiet in Kürten-Spitze ausgesprochen. „Wir haben in den vergangenen Jahren eindrucksvoll gesehen, dass die Ausrichtung auf Naherholung und Tourismus insbesondere aus finanzieller Sicht nicht richtig war.“, so Timo Friedrich, Vorsitzender der JU Kürten.

Ende November gab es eine Neuauflage der im letzten Jahr stattgefundenen Premiere des FIFA-Videospieltourneys. Zahlreiche Teilnehmer waren auch diesmal dabei, um das neue „FIFA 13“ zu spielen und jede Menge Preise abzuräumen.

Im Rahmen des Neujahrsempfangs der CDU Kürten im Januar wird die JU Kürten erstmalig ihren Ehrenamtspreis „Ein Herz für Kürten“ verleihen. Der symbolische Preis soll eine Anerkennung für eine Person, eine Organisation oder ein Unternehmen sein, welches sich für die Kürtener Jugend einsetzt. (tif)

Treffpunkt im Herzen der Stadt



**Bürgerhaus
Bergischer Löwe**

- * Schauspiel & Komödie
- * Oper & Konzert
- * Kindertheater & Musicals
- * Märkte & Messen
- * Seminare & Tagungen

Vorverkaufsstelle für KölnTicket und Eventim

Theaterkasse Bergischer Löwe

Öffnungszeiten: Di – Fr 10 – 18 Uhr / Sa 10 – 13 Uhr
Tel: 02202 / 38 999 info@bergischerloewe.de

www.bergischerloewe.de

MIT diskutierte über Basel III

Ist und bleibt die Sparkasse noch die Bank des „kleinen Mannes“ und des Mittelstands? Diese Frage stellen sich viele unserer MIT-Mitglieder im Rheinisch-Bergischen Kreis, die mit Sorge beobachten, dass nicht nur die Bürger inzwischen den Banken misstrauen, sondern auch die Banken untereinander sich nicht mehr vertrauen.

Udo Buschmann vom Vorstand der Kreis-Sparkasse Köln konnte leider keinen optimistischen Ausblick geben.

Aus seiner Sicht wird durch Basel III eine Reduzierung der Bankenlandschaft in Deutschland billigend in Kauf genommen und diejenigen, welche die Finanzkrise nicht verursacht haben, müssen zahlen: Kredite für den Mittelstand würden durch Basel III teurer und sehr langfristige Kredite seien dann nicht mehr möglich.

In Brüssel werfe man Großbanken, Landesbanken, Investmentbanken und Sparkassen in einen Topf und verteuere so das klassische, risikoarme Kreditgeschäft. Das ganz ausgesprochene Fachpublikum an diesem Mittelstandsabend stellte sachkundige Fragen. Christian Held von der Bayer AG Leverkusen ließ aber den Abend am Ende der Diskussion positiv ausklingen. Aus seiner globalen Sicht ist die Schwäche des Euro für den deutschen Export eher ein Vorteil. (dd)

Veranstaltungshinweis

Die MIT lädt ein zur Podiumsdiskussion zum **Europäischen Binnenmarkt** am **17. Januar 2013** um 20 Uhr im GL-Center (Am Stadion 18-24). Mit Doro Dietsch diskutieren Herbert Reul und Alexander Hoeckle. Gastgeber Willibert Krüger hält ein Grußwort. Eintritt frei.

Senioren-Union ehrt Kirchengemeinde

So erlebte ein Teilnehmer ein „eher seltsames Treffen, wo sich, wie es nicht oft geschieht, zwei Senioren-Vereine treffen, um sich ein wenig selbst zu feiern,“ wie der Vorsitzende der Senioren-Union Overath, Rudolf Preuß, in seiner Begrüßung sagte.

Denn die Senioren-Union Overath hat erstmals in diesem Jahr einen Preis ausgelobt, der in der Verleihungsurkunde so beschrieben wird:

„Frau Friederike Büscher und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Altenclub der Kirchengemeinde St. Rochus in Heiligenhaus gehören zu den Menschen, ohne die die Seniorinnen und Senioren in Overath ärmer wären. Für ihre wichtige, beständige und hilfreiche Arbeit dankt ihnen die Senioren-Union der CDU Overath und ehrt sie mit dieser Urkunde, verbunden mit einer Geldzuwendung, mit deren Hilfe vielleicht etwas gemacht werden kann, das sonst nicht möglich wäre.“

Im vollen Heiligenhauser Pfarrsaal hatten sich die zwei „Vereine“ getroffen, die bis auf einige gemeinsame Mitglieder kaum etwas miteinander zu tun haben.

Höhepunkt des Nachmittags war die Vorstellung des Teams des Heiligenhauser Altenclubs durch Frau Büscher, in der sie in liebevoller, freundlicher und humorvoller Weise darbot, was jeder Einzelne der erstaunlich vielen im Team seit Jahrzehnten für den Club leistet. Bewundernswert. Für die Senioren-Union war das die Bestätigung, mit den Geehrten die Richtigen getroffen zu haben. Frau Büscher, die sich über den Preis freute und dafür dankte, war auch dankbar für das Netzwerk in der Gemeinde, zu dem der Club gehört, und wie sie lobte auch Pfarrer Gereon Bonacker das herzliche Verhältnis und die Gemeinschaft im Glauben. (rp)



Friederike Büscher und Rudolf Preuß bei der Preisverleihung

Elmar Brok zu Gast bei Schloss-Burger Gespräch des EAK

Werte und Glauben - Gedanken zur Europäischen Einigung - war Thema des diesjährigen „Schloss-Burger-Gesprächs“ zu dem der EAK Bergisches Land eingeladen hatte. Als Referenten konnte die Vorsitzende Margarete Iversen den Europapolitiker Elmar Brok begrüßen, der dem Parlament seit 1980 angehört.

Brok betonte, dass sich die Verfassung der Europäischen Vereinigung eng an die christlichen Wertvorstellungen anlehnt. Dazu gehören auch die Achtung der Persönlichkeit, Freiheit in Wort und Schrift, Religionsfreiheit und Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

Brok sprach auch die nicht immer einfache Mehrheitsfindung im Parlament an, sowie den Spagat zwischen Anspruch und Möglichkeiten

in der Praxis. Dies darf aber niemals zu Lasten der Menschenrechte gehen, deren strikte Einhaltung der Referent auch von allen beitragswilligen Staaten fordert. Auch über Griechenland wurde gesprochen. Brok begrüßte die Position der Mehrheit des Deutschen Bundestages und warnte sehr vor den sogenannten „Stammtischparolen“. Ein Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone dürfe kein Thema sein, denn die Gefahr eines Dominoeffektes dürfe nicht unterschätzt werden. (mi)



Foto: CDU / Laurence Chaperon

Neuer Fraktionsvorstand in Odenthal

Nach drei erfolgreichen Jahren aktiver kommunalpolitischer Arbeit der CDU-Fraktion Odenthal galt es nun, sich im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2014 aufzustellen. Der neu zusammengestellte Fraktionsvorstand wird unter der bewährten Leitung von Michaela Bräutigam die anstehenden kommunalpolitischen Themen anpacken.



Foto: privat

Die alte und neue CDU-Fraktionsvorsitzende wird von dem ebenfalls wiedergewählten ersten stellvertretenden Vorsitzenden, Klaus-Uwe Brodersen unterstützt. Neu gewählt sind Peter Merl als zweiter stellvertretender Vorsitzender und Nicola Ciliac-Kindling als Pressesprecherin. Uwe Bruchhausen übernimmt wie zuvor die Geschäftsführung der Fraktion und Christa Koll unterstützt das Team im Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin Christa Michalski-Tang rundet das Vorstandsteam ab. (nck)

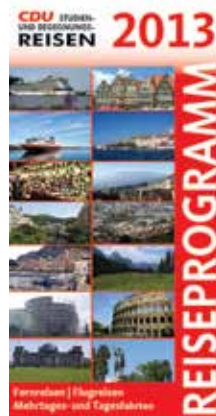
CDU-Reisekatalog 2013 erschienen

Unser Reiseverein „CDU-Studien- und Begegnungsreisen“ bietet auch 2013 wieder eine bunte Vielfalt an Fern-, Flug-, Mehrtages- und Tagestouren nach Nah und Fern an.

Helga Richter und ihre Reiseleiter bringen Reiselustige nach Namibia, Armenien, Rom, Prag, Istanbul, auf diverse Kreuzfahrten und bewährte Bustouren wie Berlin oder Straßburg, um nur einige Ziele zu nennen. Für jeden dürfte etwas Interessantes dabei sein.

Das Reiseprogramm bekommen Sie gedruckt persönlich im CDU-Center (Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach) oder natürlich per Post zugeschickt (telefonisch anfordern unter 02202 9369520).

Unseren Onlinekatalog zum Durchblättern finden Sie auf www.cdureisen.de



Frauen Union in Monschau

Zu einer kulinarischen Stadtführung durch das historische Monschau hatte die Frauen Union eingeladen. Die von Ute Wengenroth organisierte Tour fand großen Zuspruch. (lh)



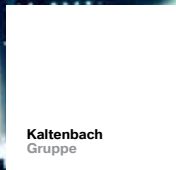
Fotos: privat



Anzeige

www.kaltenbach-gruppe.de

IMMER IN IHRER NÄHE.




Kraftstoffverbrauch kombiniert: von 5,2 l bis 9,4 l/100 km
CO2-Emission kombiniert: von 136 g bis 219 g/km

FREUDE IST ETWAS NEUES ZU ERLEBEN.

Der neue BMW X1 demonstriert mit seinem Karosseriedesign selbstbewusste Eleganz, vielseitige Sportlichkeit und spontane Agilität.

Ein neues Fahrerlebnis im Premium-Kompaktsegment wird erreicht durch Eleganz, Sportlichkeit & Agilität. **Wir freuen uns auf Ihren Besuch.**

FREUDE IST DER NEUE BMW X1.

Ihr kompetenter Automobil- & Motorrad-Partner

KALTENBACH GRUPPE

Overath • Wiehl • Waldbröl • Lüdenscheid • Remscheid • Werdohl • Wermelskirchen • Meinerzhagen • Wipperfürth • Engelskirchen • Bergisch Gladbach

Veranstaltungshinweis Bernhard Vogel in Wermelskirchen



Foto: KAS

Die CDA Wermelskirchen lädt am Mittwoch, den **20. Februar 2013** um 18:00 Uhr ins Bürgerzentrum Wermelskirchen ein.

Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. **Bernhard Vogel** (deutschlandweit einziger Ministerpräsident von 2 Bundesländern) redet über „**Quo vadis Europa**“.

CDA besuchte Herdecke und Hagen

Eine Gruppe der CDA Wermelskirchen besichtigte das Pumpspeicherkraftwerk in Herdecke sowie das Zwieback-Museum der Firma Brandt-Zwieback in Hagen.

Schon seit 1906 nutzt RWE die Wasserkraft und hat maßgeblich an deren Ausbau mitgewirkt. RWE Power betreibt für ihre Schwestergesellschaft RWE Innogy 44 Laufwasserkraftwerke mit einer Leistung von rund 280 Megawatt.

Im Zwieback-Museum der Firma Brandt in Hagen informierten sich die Wermelskirchener Bürgerinnen und Bürger anschließend über die interessante Familiengeschichte und die Herstellung des weltbekannten Brandt-Zwiebacks. (sl)



Foto: privat

Das „C“ im Namen der Christlich Demokratischen Union - Grundlagengespräch der CDA

Zu einem Referat mit anschließender Diskussion über dieses Thema lud die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) des Rheinisch Bergischen Kreises am 09.11.12 in die Aula des Kinderdorfes Bethanien in Refrath ein. Über 70 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um das Statement des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach zu diesem Thema zu hören und mit ihm darüber zu diskutieren.

Ein größerer Diskussionsrahmen war der „gerechten“ Rentenpolitik und der Schuldenkrise in der EU vorbehalten. Christlich-soziale Ideen setzen CDU und CDA bei der Gestaltung der Gesellschaftspolitik, auf dem Arbeitsmarkt, bei verlässlichen Sozialversiche-

rungen, bei Unterstützungen der Familien und vielem mehr um.

Fazit ist: das „C“ hat nach wie vor seinen Stellenwert in der Politik. Eine genaue Definition konnte aufgrund der Vielschichtigkeit jedoch nicht formuliert werden. (sws)



Foto: privat

Potential 50plus - CDA besuchte mit Herbert Reul das Jobcenter Rhein-Berg

Zu einem Gespräch begrüßte der Geschäftsführer des Jobcenters Rhein-Berg, Michael Schulte, Herbert Reul als Gast im Jobcenter Rhein-Berg. Gemeinsam mit Sylvia Wöber-Servaes und Willi Palm von der CDA informierte man sich über das Projekt 50+ aktiv. Herbert Reul wollte mit diesem Besuch auf das diesjährige „Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ aufmerksam machen. Dieses Jahresthema soll die Bürgerinnen und Bürger für die gesellschaftlichen Veränderungen sensibilisieren und ruft Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zu einem neuen Umgang mit dem Alter auf. „In den Betrieben brauchen wir natürlich die Ideen junger Menschen. Aber die Erfahrungen der Älteren sind ein wertvoller Schatz, von dem alle profitieren können.“, erklärt Herbert Reul. Seit 2011 nimmt das Jobcenter Rhein-Berg am Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ teil. Ziel des Bundesprogrammes ist die Verbesserung der Beschäftigungschancen der älteren Langzeitarbeitslosen. Mit sechs weiteren Grundsicherungsstellen gehört das Jobcenter Rhein-Berg zu einem Netzwerk, in

dem sich die sieben „50+ aktiv-Teams“ aus ganz NRW regelmäßig austauschen und so voneinander profitieren und lernen.

Im Rheinisch-Bergischen Kreis nehmen aktuell ca. 850 ältere Arbeitssuchende freiwillig an dem Projekt 50+ aktiv teil. Dabei stehen ihnen zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters Rhein-Berg unterstützend zur Seite.

„Im letzten Jahr wurden die gesetzten Ziele umfänglich erfüllt“, so Michael Schulte.

Trotz dieser positiven Entwicklung, so waren sich alle einig, stellt der demografische Wandel eine große Herausforderung für Wirtschaft und Politik dar. Es gilt daher, bestehende Erfahrungen und Kompetenzen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die über 50 Jahre alt sind, stärker zu nutzen.

Herbert Reul ist begeistert, dass das Projekt 50+ aktiv im Rheinisch-Bergischen Kreis so gut angenommen wird. „Bei uns im Kreis gibt es sicherlich noch weitere „Schätze“, die gefunden werden können“, ist sich der bergische Europaabgeordnete sicher. (sws)



Foto: Arbeitsagentur

CDU Bergisch Gladbach veranstaltet erfolgreich Schreibgespräch in allen Stadtteilen

In allen Stadtteilen lud die CDU Bergisch Gladbach Bürgerinnen und Bürger zum Schreibgespräch ein. Eine Woche tourte die Union so durch das gesamte Stadtgebiet und zeigte Präsenz und Bürgernähe.

Innerhalb weniger Stunden füllten sich in jedem Stadtteil mehrere Quadratmeter Papier mit grünen und blauen Meinungen. Grün stand für das, was in Bergisch Gladbach gefällt, blau zeigte, was nicht gefällt. Die stellvertretende Parteivorsitzende Birgit Bischoff, Vorsitzende des CDU Ortsverbands Bens-

berg, freut sich über die lebendige Teilnahme: „Natürlich standen aktuelle Themen, wie in Bensberg z. B. die geplante Marktgalerie, im Fokus, und je nach Interessenlage entwickelte sich so manche kontroverse Diskussion, wie es in der Demokratie ja auch sein soll.“ Mit ihren Mitstreitern war sie sich einig, dass der gewählte Zeitpunkt für diese Meinungsabfrage außerhalb des Wahlkampfs ideal ist: „Es ging heute nicht um Parteien, sondern um Themen.“ Die Ergebnisse werden zeitnah veröffentlicht. Im Frühjahr wird die Aktion wiederholt. (lh)



Bewaffnet mit Stift und einer Rolle Papier unterm Pavillon: So sieht Bürgerbeteiligung bei der Bergisch Gladbacher Union aus. Übrigens eine Idee der jungen Union!

Politik trifft Kultur - FU Rösrath

Konzertantes Kabarett mit dem Journalisten Martin Buchholz bot die Frauenunion der CDU Rösrath im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe Politik trifft Kultur. Mit der umjubelten Veranstaltung in Schloss Eulibroich wollte die Frauenunion über Parteigrenzen hinaus Zeichen setzen und Brücken bauen. In der ausgebuchten Veranstaltung zeigte der Journalist und Künstler Martin Buchholz in Begleitung des Gitarristen Markus Segschneider Humorvolles und Besinnliches rund um die Tage mit Goldrand. (rs)



Martin Buchholz und Markus Segschneider boten eine gute Show bei der Rösrather Frauen Union

Politik fördert Sport-CDU Rösrath

Bratwurst für einen guten Zweck - so hieß auch in diesem Jahr das Motto des Bratwurststandes der CDU Rösrath auf dem Straßenfest in Rösrath. Der Erlös geht traditionell an Vereine und Institutionen aus der Stadt. Auf insgesamt zwei Bratwurstständen stand diesjährig der Jugendsport im Vordergrund. Im Herbst wurde nun der Jugendsport des TV Hoffnungsthal gefördert. Dabei kam auf dem Straßenfest eine Erlössumme von 552 Euro zusammen. (rs)



Carmen Berens und Hans Peter Eichner umrahmen Uwe Pakendorf bei der Scheckübergabe

Liebes Bensberg, bist Du noch zu retten?

Da gibt es mitten in Deinem Herzen eine Wunde und Du tust nichts dagegen, streust noch Salz hinein. Mitten in der ehemaligen Fußgängerzone, nennen wir sie heute Einkaufszone, dümpelt ein leerstehendes Kaufhaus vor sich hin, im Volksmund bereits als „Schrottimmobilie“ herabgewürdigt. Nach Jahren von wenig bis keinem Interesse auf Seiten des Investors entschließt dieser sich, eine Menge Geld anzupacken und in das marode Kaufhaus zu investieren. Selbst ätzende Bürgerschelte und zweifelhaftes Gerüchte haben ihn bisher nicht abgeschreckt. Er hat dankenswerterweise sein Geld noch nicht in einer anderen Stadt investiert. Im Gegenteil: Er geht auf Bürgerwünsche ein – auch auf die Einzelinteressen direkter Anlieger – verschluckt seine Planungen und geht damit vermutlich bis an seine Schmerzgrenze als Investor. Schließlich möchte er Geld verdienen, wie viele andere auch, zum Beispiel die aufrüstenden Anlieger, insbesondere die benachbarten Hotelbesitzer, die ihr Geld auch nicht verschenken. Der Investor hat sich also nicht fortbewegt, sondern auf Bensberg zubewegt und das gleich mehrmals. Das groteske an der ganzen Sache: Es wird ungebrochen weiter gemekelt.

Was will eigentlich die Mehrheit der Bensberger – die schweigende Mehrheit? Will die Mehrheit der Bensberger ein immer weiter verfallendes, weil leerstehendes Kaufhaus? Will die Mehrheit eine öde und irgendwann tote Einkaufszone? Will die Mehrheit eine Schlafstadt?

Wenn die Bensberger Mehrheit das will, dann tut mir Bürgermeister Lutz Urbach leid. Er hat sich an das „dickste aller zu bohrenden Bretter“ getraut, spricht den Investor als den alleinigen Grundstückseigentümer. Er hat den Investor aus seinem Dornröschenschlaf geweckt und sich mit viel Engagement und Engelsgeduld für Bensberg ins Zeug gelegt. Dann tun mir auch alle anderen Investoren leid, die auf Bensberg gesetzt haben und immer noch setzen: der Kinobetreiber Brunotte, die örtlichen Kreditinstitute, die Schlossherren und die vielen gescholtenen Einzelhändler. Sie waren und sind immer aktiv, wenn es darum geht, das Bensberger Zentrum mit Leben zu füllen.

Der Wunsch auf freie Blickachsen Richtung Schloss und Rathaus ist seit Jahrzehnten ein ständig wiederkehrendes Thema und zwar immer dann, wenn Baubehörden anstanden. So auch 1978, als nach einvernehmlichem Ratsbeschluss die Kaufringvariante realisiert wurde. Es war eine Lösung zwischen Wunsch und Wirklichkeit, ein Kompromiss zwischen Investoren, Bürgern, Anliegern und Geschäftsleuten. Aus damaliger Sicht war diese bauliche Ausgestaltung der Bensberger Innenstadtlage eine gute Lösung, zu der man stehen durfte, denn sie hat über viele Jahre ihren Zweck erfüllt.

Heute stehen wir vor der gleichen Situation wie 1978. Der planende Investor hat auf viele Bedenken und Anregungen mit Umlanungen reagiert. Jetzt haben wir einen Mittelweg und es muss gut sein. Andernfalls werden die Bensberger, ganz besonders die direkten Hotelanlieger mit ihren Gästen noch viele Jahre mit einem ungeliebten Betonensemble leben müssen. Sie werden täglich daran erinnert, mit Stursinn, Besserwisseri und Maximalforderungen alles vermässelt zu haben. Denn irgendwann ist auch bei einem Investor tatsächlich die Schmerzgrenze erreicht.

Ein Leserbrief von Peter Schlösser

Gesehen und gefunden.

DER FORD FIESTA MIT TAGESZULASSUNG.



Abbildung zeigt Wunschausstattung gegen Mehrpreis.

FORD FIESTA TREND

Antiblockier-Bremssystem (ABS) mit elektronischer Bremskraftverteilung (EBD), Fensterheber vorn, elektrisch, Elektronisches Sicherheits- und Stabilitätsprogramm (ESP), IPS Intelligent Protection System, Klimaanlage, Audio CD, u.v.m.

Als Tageszulassung für

€ **9.990,-¹**

Sie sparen

€ **4.220,-²**



Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach RL 80/1268/EWG oder VO (EC) 715/2007): Ford Fiesta: 7,1 (innerorts), 4,3 (außerorts), 5,4 (kombiniert); CO₂-Emissionen: 124 g/km (kombiniert).

Bergland-Gruppe

Autohaus Bergland GmbH
Alte Papiermühle 4
51688 Wipperfürth

Autohaus Bergland GmbH
Überfelder Str. 17
42855 Remscheid

AHG Autohaus GmbH
Rosendahler Str. 57
58285 Gevelsberg

Autohaus Wiluda GmbH
Margaretenstr. 1
42477 Radevormwald

www.bergland-gruppe.de

¹Angebot gilt für einen Ford Fiesta Trend 1,25 l Duratec-Motor 44 kW (60 PS). ²Gegenüber der unverbindlichen Preisempfehlung des vergleichbar ausgestatteten Modells ohne Tageszulassung.